

SPD

***„EIN NEUES
JAHRHUNDERT
SOZIALER DEMOKRATIE“***

**GRUNDWERTEKOMMISSION
BEIM SPD-PARTEIVORSTAND
*JUNI 2017***

Vorwort

Willy Brandt richtete die Grundwertekommission zu Beginn der siebziger Jahre ein, um neue Herausforderungen für die SPD rechtzeitig zu erkennen und sie im Lichte der sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu beurteilen. Das sollte und soll ihr bis heute helfen, für ihre Politik auf der Höhe der Zeit normativ orientierte Antworten zu finden und sie praktisch umzusetzen.

Heute stehen wir unübersehbar vor einer Reihe gravierender neuer Herausforderungen. Zu einem erheblichen Teil bestehen sie darin, dass frühere sozialdemokratische Errungenschaften unter dem Druck eines neuen Schubs rasanter technologisch-ökonomischer Globalisierung revidiert oder ausgehöhlt worden sind. Zentral ist dabei die Unterminierung der ordnenden politischen Kompetenz des Nationalstaates, den deregulierte globale Märkte, insbesondere die Finanzmärkte, einschneidend zu entmachten drohen. Die Auswirkungen der neuen internationalen Arbeitsteilung, der Finanzmärkte und der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft sind jedoch immer auch abhängig von ihrer politischen Gestaltung. Politik macht den Unterschied. Sozialdemokratische Politik unter diesen Bedingungen zu gestalten, verlangt eine grundwerteorientierte Haltung, strategische Bündnisfähigkeit und erneute gemeinsame Anstrengungen.

Diese Gemeinsamkeit ist auf Freiwilligkeit angewiesen, sie kann nicht organisatorisch erzwungen werden. Sie braucht gedankliche Klarheit und Verständigung darüber, was uns als Sozialdemokratie zusammenhält, leitet und worauf es letztlich immer wieder ankommt: Dass wirklich alle Menschen die gleiche Chance erhalten, ihr Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mit den anderen in die eigenen Hände zu nehmen und so für nachhaltigen Frieden zu sorgen. Zu dieser „dauernden Aufgabe“ (Godesberger Programm) will die Grundwertekommission mit der vorliegenden Schrift beitragen. Sie kann und möchte damit gerade in einem Wahljahr den reichen historischen und systematischen Schatz vergegenwärtigen, aus dem die sozialdemokratischen Einzelpolitiken gemeinsam schöpfen und sich legitimieren können.

Ich danke insbesondere Thomas Meyer für sein federführendes Engagement für diesen Text.

Gesine Schwan

Vorsitzende der Grundwertekommission

Ein neues Jahrhundert Sozialer Demokratie

14 Thesen

1. Die Widersprüche des 21. Jahrhunderts

Der bedeutende Gelehrte Ralf Dahrendorf trat 1983 mit dem Befund hervor, das 20. Jahrhundert habe sich im Ergebnis als eine Epoche erwiesen, in der es der Sozialdemokratie gelang, die Gesellschaften in Europa mit ihren Grundwerten und politischen Ideen zu prägen. Ihre historische Mission habe sich damit erfüllt. Nun aber zeigt sich, dass in der anschließenden Ära des Neoliberalismus, vieles zurückgedreht wurde und die meisten der zentralen Herausforderungen unserer Zeit abermals, wenn auch auf neue Weise, sozialdemokratische Antworten verlangen. Der Anspruch des Neoliberalismus als besserer Problemlöser in Zeiten der Globalisierung ist durch die verheerenden Folgen seiner Politik und die Finanzmarktkrise 2008 gründlich widerlegt. Ungleichheit und Unsicherheit sind wieder gewachsen, die Schere zwischen den globalen Problemen, voran dem Klimawandel und der politischen Handlungsfähigkeit der Weltgemeinschaft bleibt weit geöffnet – gleichzeitig fordern dramatische Entwicklungen wie die digitale Revolution und die weltweite Massenflucht die Werte einer humanen Gesellschaft auf neuartige Weise heraus. Es ist offensichtlich: Die großen Probleme der Zeit verlangen nach sozialdemokratischen Antworten: eine Politik der Gleichheit, der sozial verantwortlichen Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Lebensbedingung der Menschen sowie den zielstrebigem Aufbau einer fairen und kooperativen Weltgesellschaft. Die historische Gelegenheit für eine neue Offensive der Sozialen Demokratie ist günstig. Es gilt jetzt, verlorenes Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien durch zeitgemäße politische Antworten zurück zu gewinnen.

2. Soziale Demokratie, Gute Gesellschaft

Um den Stand der Verwirklichung Sozialer Demokratie annähernd zu bestimmen, sind Indikatoren für soziale Teilhabe und Sicherheit aufschlussreich, vor allem die Gleichheit der Bildungschancen, der Einkommen und Vermögen, die Sicherungsleistung und das Niveau des Sozialstaats, Schlüsselemente der Wirtschaftsdemokratie wie Mitbestimmung und Machtgleichheit in der

Tarifautonomie, die soziale Einbettung der Märkte und die Chancen für sozialen Aufstieg. In vielen dieser Bereiche haben sich die Messwerte in den letzten Jahrzehnten verschlechtert, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Jetzt kommt es darauf an, das Versäumte zu korrigieren und auf die neuen Herausforderungen Antworten zu geben, die dem Anspruch der sozialen Demokratie auf gleiche Freiheit nicht nur im rechtlichen, sondern auch im sozialen Sinn, in der Lebenswirklichkeit aller auf überzeugende Weise Geltung verschaffen. Die Soziale Demokratie der gleichen Teilhabechancen aller und die durch eine solidarische und humane Kultur gekennzeichnete gute Gesellschaft müssen weltweit die Tagesordnung des neuen Jahrhunderts bestimmen.

3. Vertrauen neu bilden

Das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien ist zurückgegangen, weil sie einen Anteil an den sozialen Rückschritten in der Phase der neo-liberalen Dominanz hatten. Aber Verrats-Theorien und moralische Anklagen erklären nichts und helfen nicht bei der Neuorientierung. Stattdessen gilt es, die Sichtweisen und Handlungsgründe der Akteure in jener Zeit zu verstehen und gemachte Fehler zu korrigieren. Nur dadurch lässt sich verlorenes Vertrauen zurückgewinnen und künftiges Handeln konsequenter orientieren. Zur gemischten Bilanz dieser Zeit gehört auch die Feststellung, dass trotz aller Probleme in Deutschland tatsächlich die Zahl der Arbeitsplätze erhöht und die bedrohte Finanzierung des Sozialstaates gesichert werden konnte, aber um den unerwünschten Preis der Zunahme von prekärer Arbeit und Ungleichheit sowie geschwächter sozialer Sicherheit. Die sozialdemokratische Partei in Deutschland ist zwischenzeitlich dazu übergegangen, erkannte Fehlentwicklungen dieses früheren Kurses zu korrigieren.

4. Das Projekt der Sozialen Demokratie

Die sozialdemokratischen Grundideen der gleichen Freiheit und der sozialen Sicherheit durch wirtschaftliche und soziale Grundrechte sind unter den Bedingungen einer beschleunigten Globalisierung und eines wiedererstarkten Kapitalismus auf neuartige Weise herausgefordert. Sie bleiben die besten Wegweiser auch für die Lösung der neuen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und globalen Probleme, verlangen aber der heutigen Zeit gemäß

Wege ihrer Verwirklichung ab. Heute geht es um realisierbare Strategien der Gleichheit, der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, der Erneuerung und transnationalen Erweiterung der Demokratie, der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, der sozialen und demokratischen Gestaltung der digitalen Revolution, der Modernisierung des Sozialstaats und der Revitalisierung der zivilgesellschaftlichen Grundlagen von Solidarität und einer humanen Lebenskultur. Zu alledem bedarf es des Ausbaus fairer Strukturen für transnationales Regieren, in Europa und der Welt. Nach dem offensichtlichen Scheitern der neo-liberalen Versprechungen zeichnet sich eine neue Zuwendung zu diesem politischen Projekt allmählich ab.

5. Die Selbstgefährdung der menschlichen Zivilisation

Die Erde steuert auf einen verhängnisvollen Zeitpunkt zu, der schon dann eintreten kann, wenn das Zusammenspiel von Klimaänderungen, Öl- und Wasserknappheit, nachholender Industrialisierung und weiteren 1,5 Milliarden Menschen Synergien erzeugt, deren negative Folgen jenseits unserer Vorstellungskraft liegen.

In der Nachkriegszeit konnte der Wohlfahrtsstaat die sozialen Folgen der „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen in Grenzen halten, doch in der neo-liberalen Phase wurden die Konsequenzen aus der Verschwendung natürlicher Ressourcen und der Überlastung ökologischer Systeme lange Zeit nicht gesehen, verdrängt oder die Erkenntnisse blieben folgenlos. Aber es geht nicht allein um die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die soziale Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam, und wir werden die Umweltzerstörung nicht angehen können, wenn wir nicht gleichzeitig auf die sozialen Zusammenhänge achten.

Die große Herausforderung heißt daher: Den Kapitalismus national, europäisch und global, sozial und ökologisch zu bändigen. Das erfordert Antworten, die Deutschland nicht allein geben kann, aber bei denen unser Land und die Europäische Union eine wichtige Rolle einnehmen können. Quantitatives Wirtschaftswachstum für sich genommen, kann daher weder ein Ziel noch eine Voraussetzung für soziale Demokratie sein.

6. Strategien der Gleichheit

Destruktive Ungleichheiten haben sich zementiert und verhindern die gerechte Verteilung der Lebenschancen, die wirtschaftliche Entwicklung, die demokratische Teilhabe und das Vertrauen der Menschen in Gesellschaft und Staat. Gegen sie muss der Kampf vor allem geführt werden. Wenn es richtig ist, dass die Prinzipien der sozialen Demokratie maßgeblich sind, um die großen Herausforderungen unserer Zeit anzugehen, und diese auch in der Gesellschaft wieder eine neue Wertschätzung erfahren haben, dann heißt das Gebot der Stunde: Re-Sozialdemokratisierung der Sozialdemokratie durch eine umfassende Strategie der Gleichheit, national, europäisch und global.

7. Wirtschaftsmacht demokratische kontrollieren

Wirtschaft und Wirtschaftsmacht sind entscheidend für die Verteilung der meisten Lebenschancen, speziell von guten Arbeitsverhältnissen und für den Umgang mit der Natur. In diesem Zusammenhang muss nicht nur der Kapitalismus als solcher mit seinen neuen Dimensionen der Finanzmarktdominanz, der Macht der Multis, und seiner Rolle in der EU ins Auge gefasst werden, sondern auch die Dimension des technischen Fortschritts im Zeitalter der Digitalisierung und Robotisierung. Gegen die problematischen Entwicklungen in all diesen Bereichen muss die Demokratisierung der wirtschaftlichen Macht als eine Grundbedingung für gesellschaftlich verantwortliche Gestaltung der neuen Entwicklungen durchgesetzt werden: durch Beteiligung der Beschäftigten, Unternehmensmitbestimmung, Tarifpolitik, staatliche Marktregulierung sowie öffentliche Güter. Hinzukommen müssen neue Instrumente der transnationalen Einbettung der Märkte.

8. Die digitale Revolution gestalten

Digitalisierung bedeutet die beschleunigte Revolutionierung von Wirtschaft, Lebenswelt und Politik. Sie ist nicht nur eine Herausforderung für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit, sondern auch für die menschliche Freiheit im Ganzen, in einem Maße, das weit über unsere bisherigen Erfahrungen hinausreicht. Die Besonderheiten des neuen digitalisierten Plattformkapitalismus bedrohen auch die finanziellen und gesellschaftlichen Grundlagen sowie die Sicherungsformen

unseres Sozialstaates. Es besteht das Risiko, dass der Sozialversicherungsstaat durch einen bedingungslosen Grundsicherungsstaat ersetzt wird. Nach den Erfolgen der weitgehenden politischen und sozialen Gestaltung der industriellen Revolution im 20. Jahrhundert durch die Kräfte der demokratischen Arbeiterbewegung, steht die Sozialdemokratie nun vor der großen Aufgabe des 21. Jahrhunderts: die digitale Revolution politisch, sozial und human zu formen.

9. Globale Gerechtigkeit und Kooperation

Armut, Flüchtlingsströme und internationaler Terrorismus sind zentrale Herausforderungen einer wachsenden Weltgesellschaft, die durch eine faire institutionalisierte Weltordnung gerahmt und sozial reguliert werden muss. Die Verwirklichung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte in den armen Ländern unter wesentlicher Mithilfe der reichen Länder ist ein entscheidender Schritt, um ein Mindestmaß an globaler Gleichheit, humaner Sicherheit und verbesserten Entwicklungschancen für alle Länder der Welt zu gewährleisten. Eine veränderte Handelspolitik muss die Entwicklungshindernisse für die schwächeren Länder überwinden. Dafür muss auch das transnationale multilaterale Regieren ausgebaut und demokratisiert werden. Eine wesentliche Maßnahme auf diesem Weg ist die Reform der UNO auf allen maßgeblichen Ebenen. Sie muss getragen sein von einer größeren ideellen, finanziellen und politischen Verantwortung der Nationalstaaten, und einer stärkeren, aktiven Beteiligung der Zivilgesellschaften.

10. Migration und Integration

Flucht und Massenmigration sind Folgen von globaler Ungleichheit, ökologischer Verwüstung, Willkürherrschaft, Terrorismus und Bürgerkriegen, die alle eng miteinander zusammenhängen. Echte und nachhaltige Flüchtlingspolitik muss bei den Fluchtursachen ansetzen. Große Flüchtlingsströme in kurzer Zeit stellen auch große Anforderungen an die kulturelle, ökonomische und soziale Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaften. Als Grundrecht darf das Asylrecht nicht durch eine Obergrenze in Frage gestellt werden. Gleichwohl ist eine Steuerung der Migration notwendig, die an den Außengrenzen der EU ansetzt und als gemeinsame europäische Herausforderung angenommen wird. Es geht dann um eine „doppelte Integration“, bei der die unterstützungsbedürftigen

Zuwanderer und Einheimischen gleichermaßen berücksichtigt werden und sich im Sinne einer wechselseitigen Anerkennung auf Augenhöhe und gemeinsam entwickeln können.

11. Demokratie als Bürgergleichheit

Die repräsentativen Demokratien haben gegenwärtig ein Glaubwürdigkeitsproblem, das maßgeblich mit der zunehmenden Ungleichheit zusammenhängt, denn diese gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt, sondern auch die politischen Teilhabechancen. Es drohen die Vertiefung der schon erkennbaren Spaltung der Gesellschaft und eine bloße Zweidritteldemokratie. Eine Neubelebung der Demokratie verlangt sowohl mehr gesellschaftliche Gleichheit wie institutionelle Innovationen der Demokratie selbst auf nationaler, europäischer und globaler Ebene. Eine wachsende Zahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme braucht transnationale Antworten. Auch wenn der souveräne Status des Nationalstaats sich dadurch verändert, spielt er als maßgebliches Scharnier im sich entwickelnden europäischen und globalen Mehrere-Ebenen-System des Regierens heute und künftig weiterhin eine Schlüsselrolle.

12. Eine solidarische und freundliche Gesellschaft

Eine Gesellschaft, die das Prinzip des ökonomischen Wettbewerbs auf alle Lebensbereiche und auf den ganzen Menschen anwendet, in der eine manisch entfesselte Maxime der privaten Nutzmehrung umfassend regiert, wird den Menschen und ihren Bedürfnissen nicht gerecht. Sie produziert fortwährend destruktive Folgen für das Gemeinwohl und tiefes menschliches Leid und Unbehagen. Und sie zerstört ihre eigenen Grundlagen. Dem stellt die Sozialdemokratie das Leitbild einer kooperierenden, solidarischen und freundlichen Gesellschaft entgegen. Es gilt, die dafür geeigneten Bedingungen in der Gesellschaft zu fördern.

13. Eine humane Lebenswelt

Wie human, gesichert, solidarisch und demokratisch eine Gesellschaft ist, entscheidet sich überall auf der Welt vor Ort, in den unmittelbaren Lebenswelten und Nachbarschaften, in denen unterschiedliche Menschen ihr Leben

miteinander verbringen und gemeinsam über die Bedingungen ihres Zusammenseins entscheiden. Hier werden die Qualität ihres Lebens und ihrer Beziehungen zueinander unmittelbar erfahrbar; hier müssen sich Mitmenschlichkeit und Toleranz bewähren; hier werden deren Vorzüge aber auch unmittelbar erlebt; und nur hier kann demokratische Selbstbestimmung bei der Regelung der Grundfragen des Zusammenlebens praktiziert und eingeübt werden. Hier wird Vertrauen gebildet oder verspielt; hier können Freundschaften wachsen und Freundlichkeit als öffentliche Tugend erprobt werden. Eine humane Lebenswelt und eine aktive Zivilgesellschaft geben der Gesellschaft ihre moralische Infrastruktur.

14. Eine realistische Strategie

Um sich wieder glaubwürdig in der „Arbeiterschaft“ und der Unterschicht der Gesellschaft zu verankern und damit mehrheitsfähig zu werden, muss die Sozialdemokratie die mentalen Hindernisse überwinden, die ihr heute den Zugang zu diesen Gruppen versperren und sie den rechten Populisten überlassen. Dazu gehört die Anerkennung eines verletzten Gerechtigkeitsempfindens in der „Arbeiterschaft“ ebenso wie eine Politik der Verbesserung der Lebenslage, Lebenssicherheit und des sozialen Status der gering qualifizierten und prekären Arbeiter, die sich nicht in der Aufforderung zur Höherqualifizierung erschöpfen darf. Dazu gehört auch, Verunsicherung durch ungesteuerte Zuwanderung ernst zu nehmen und mit einer glaubwürdigen Politik der „doppelten Integration“ aufzufangen.

Um die veränderten gesellschaftlichen Spaltungslinien angemessen zu erfassen, ist eine einfache Gegenüberstellung „kosmopolitischer“ (weltoffener) und „kommunitaristischer“ (lokalgemeinschaftlicher) Mentalitäten unzureichend. Die meisten Menschen sind, in dem Maße wie ihr Bedürfnis nach einer intakten und berechenbaren Lebenswelt auf der Basis einer gemeinsamen Zivilkultur befriedigt ist, für geregelte Zuwanderung offen.

Das Projekt der Sozialen Demokratie findet bei vielen Akteuren in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur Unterstützung: Gewerkschaften, Angehörige der neuen Digitalen- und Dienstleistungsberufe, zivilgesellschaftliche Akteure, solidarische Milieus der Mitte, Religionsgemeinschaften und Intellektuelle. Es ist die große

Herausforderung für die sozialdemokratischen Parteien, überzeugende Programme aufzulegen, in denen sich große Mehrheiten wiederfinden und durch deren konsequente Verwirklichung mehrheitsfähige soziale und gesellschaftliche Koalitionen zu bilden. Sie müssen die von Rechtspopulisten beeinflussten Milieus durch einen neuen Entwurf der Sozialen Demokratie zurück gewinnen, der glaubhafte Antworten auf ihre alltäglichen Sorgen gibt. Dann wird das von Willy Brandt für eine sozialdemokratische Mehrheitsbildung beschriebene Bündnis zwischen „aufgeklärtem Bürgertum“ und „demokratischer Arbeiterbewegung“ auch unter den aktuellen Bedingungen auf neue Weise wieder möglich. Das 21. Jahrhundert muss eine neue Epoche der Sozialen Demokratie werden. Das ist notwendig und es ist möglich.

Inhalt

1. Die Widersprüche des 21. Jahrhunderts	15
2. Soziale Demokratie- Gute Gesellschaft	23
3. Vertrauen neu bilden	25
4. Das Projekt der Sozialen Demokratie	32
5. Die Selbstgefährdung der Zivilisation	37
6. Strategien der Gleichheit	41
7. Wirtschaftsmacht demokratisch kontrollieren	47
8. Die digitale Revolution gestalten	53
9. Globale Gerechtigkeit und Kooperation	58
10. Migration und Integration	63
11. Demokratie als Bürgergleichheit	67
12. Eine freundliche Gesellschaft	72
13. Eine humane Lebenswelt	75
14. Eine realistische Strategie	77

1. Die Widersprüche des 21. Jahrhunderts

Die Vollendung der rechtsstaatlichen Demokratie durch einen umfassenden und alle Menschen einbeziehenden Sozialstaat gilt zu Recht als die bedeutendste zivilisatorische Errungenschaft Europas im zwanzigsten Jahrhundert. Das bleibt wahr, auch wenn der Sozialstaat seinen ehrgeizigen Anspruch der Garantie der sozialen Grundlagen gleicher Freiheit für alle Menschen noch nicht überall in Europa, geschweige denn in allen Teilen der Welt eingelöst hat und gegenwärtig in Europa erneut unter Druck steht. Aber der Erfüllung des mit ihm verbundenen großen Versprechens einer Welt der gleichberechtigten Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum, an der demokratischen Selbstregierung des Gemeinwesens und an der umfassenden Gewährleistung sozialer und menschlicher Sicherheit, haben sich viele Länder Europas in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts beträchtlich angenähert. Die Einschränkungen und Rückfälle beim erreichten Niveau der Sozialen Demokratie in den neo-liberal geprägten Jahrzehnten um die Wende zum 21. Jahrhunderte haben das historische Projekt der sozialen Moderne unterbrochen, aber in keiner Hinsicht beendet.

Die Sozialdemokratie hat von Anbeginn die enge Verbindung von Demokratie und Sozialstaat, die gleiche Freiheit der politischen Selbstbestimmung und der sozialen Lebenschancen als den Kern ihrer historischen Mission gesehen, immer in dem Bewusstsein, dass dies eine dauernde Aufgabe bleibt. Es geht um das Grundrecht sozialer Bürgerschaft, um eine Demokratie, in der gesellschaftliche Gleichheit, sozial erfüllte Freiheit und Sicherheit eine solidarische und freundliche Kultur des Zusammenlebens fördern. Dieses Ziel hängt nicht davon ab, dass andauernd hohe oder gar sich steigernde Raten wirtschaftlichen Wachstums erreicht werden können, auch wenn deren Ausbleiben den politischen Kampf um Fortschritte erschweren kann.

Gegen Ende der goldenen Nachkriegsjahrzehnte der Sozialen Demokratie in Europa erklärte 1983 der liberale Vordenker Ralf Dahrendorf, nun sei das Jahrhundert der Sozialdemokratie vollendet, denn alle ihre Forderungen seien erfüllt, ihre Grundwerte prägten den Geist der Zeit und die Programme aller maßgeblichen politischen Parteien. Die sozialdemokratischen Parteien selbst hätten sich mit dieser Leistung wider Willen historisch überflüssig gemacht. Die

Ideen der sozialen Demokratie seien nun Allgemeingut in Europa und die Gesellschaften von ihnen durchdrungen.

Es ist wahr, die Erfolge der europäischen Sozialdemokratie bei der Verringerung von Ungleichheit, bei der Schaffung von sozialer Sicherheit und Teilhabe, bei der Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Mitbestimmung erlangten in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ein historisches Ausmaß. Aber sie blieben selbst auf diesem Höhepunkt ihres Erfolgs bei der Prägung von Wirtschaft, Sozialordnung und Gesellschaft hinter dem eigentlichen Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen noch deutlich zurück. Dahrendorfs berühmte Prognose irrte in zwei Punkten. Die historische Mission der Sozialdemokratie hatte zu seiner Zeit zwar große Fortschritte erzielt, aber in vielen Bereichen, vor allem bei der Kontrolle wirtschaftlicher Macht, noch nicht die entscheidenden Durchbrüche. Als verhängnisvoller erwies sich jedoch, dass diese Errungenschaften in den Folgejahren nicht nur von seinen neo-liberalen Nachfolgern massiv infrage gestellt, sondern soweit deren Macht reichte, auch tatkräftig demontiert wurden.

Die Annäherung des bürgerlichen Liberalismus seiner Zeit an die Soziale Demokratie war nur von kurzer Dauer, sie wich rasch dem Neoliberalismus. Dieser aber erwies sich in den Jahrzehnten seiner Vorherrschaft, zwischen den 1980er Jahren und der Weltfinanzkrise 2008 als ein Programm der marktradikalen Gegnerschaft zu den Grundwerten und Leistungen der Sozialen Demokratie. In dieser von intensivierter Globalisierung, umfassender Digitalisierung und marktfundamentalistischen Dogmen beherrschten Epoche wurde vieles, wenn auch keineswegs alles, was im goldenen Zeitalter der Sozialdemokratie erreicht worden war, beschädigt, verwässert, geopfert oder in seiner Legitimation geschwächt. Die Folgen waren die beträchtliche Lockerung der sozialen und demokratischen Zügel des Kapitalismus und damit erneut zunehmende Ungleichheit, soziale Unsicherheit, die Schwächung der Gewerkschaften, die Zunahme von Niedriglöhnen, prekärer Arbeit und sozialer Exklusion.

Die Gesellschaften Europas, auch Deutschland, zeigen sich am Ende dieser Epoche nicht nur historisch zurück geworfen hinter das schon erreichte Niveau Sozialer Demokratie, sie wurden durch Digitalisierung, Finanzmarkt- und Eurokrise sowie die Schwäche der Europäischen Union zusätzlich vor neue Herausforderungen

gestellt, die ihre Widersprüche gefährlich zuspitzten und bis heute im Kern ungelöst lassen. Infolgedessen kehren die Antworten der Sozialen Demokratie, ihre Grundwerte und politischen Leitideen am Beginn des 21. Jahrhunderts mit beispielloser Dringlichkeit an die Spitze der politischen Tagesordnung Europas und der Welt zurück. Eine Reihe neuer Widersprüche treten im neuen Jahrhundert hinzu. Die Parteien der Sozialen Demokratie stehen aufs Neue vor einer Jahrhundertaufgabe, denn es sind ihre Grundwerte, ihre Erfahrungen und ihre politischen Leitideen, die überzeugende Antworten auf die neuen Herausforderungen ermöglichen, vorausgesetzt, sie stellen sich dieser historischen Aufgabe, geben sich und der Gesellschaft selbstkritisch Rechenschaft über ihre eigenen Fehleinschätzungen und Versäumnisse in der neo-liberalen Epoche und gewinnen auf diese Weise ihre historische Glaubwürdigkeit zurück.

Es ist der kennzeichnende Widerspruch dieser Jahre, dass nicht nur in Deutschland und Europa, sondern in der ganzen globalisierten Welt die großen politischen Herausforderungen sozialdemokratische Antworten verlangen, aber die Parteien der Sozialen Demokratie überall in der Defensive sind, in der öffentliche Debatte und an den Wahlurnen. Dem faktischen und geistigen Bankrott des Neo-Liberalismus nach drei Jahrzehnten unangefochtener globaler Vorherrschaft seit dem ersten Höhepunkt der Zweiten Globalisierung in den 1980er Jahren bis zur Finanzmarktkrise 2008 ist zwar in der Sache ein sozialdemokratischer „historischen Moment“ gefolgt, eine besondere Entsprechung der realen Problemlagen mit den Grundwerten und politischen Leitideen der Sozialen Demokratie, aber große Teile des öffentlichen Bewusstseins sind entweder weiterhin von den gescheiterten Ideen des Neo-Liberalismus, von nationalistischen Illusionen oder von Desorientierung und Verunsicherung geprägt. Das „seltsame Überleben des Neoliberalismus“ (Colin Crouch) und die schwache Position der Sozialen Demokratie im öffentlichen Meinungskampf erleichtern den Aufstieg von Rechtspopulismus und Autoritarismus, die Flucht in Abschottung und chauvinistische Identitätspolitik, die von der Abwertung des Anderen lebt. Sie alle bieten aber nur Scheinlösungen für die indessen weiter wachsenden Widersprüche unserer Zeit und der aus ihnen folgenden Verunsicherungen diesseits und jenseits des Atlantiks.

Im Rückblick auf die achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts können wir erkennen, dass eine Wirtschaftstheorie, eine daraus folgende Wirtschaftspolitik und eine damit einhergehende politische Kultur in den letzten 30 Jahren den Westen – die USA und die EU - beherrscht und geprägt hat. Wir fassen diese Vorstellungswelt unter dem Namen „Neoliberalismus“ zusammen. Darin sind Elemente des „Ordoliberalismus“ (der sich in Absetzung zum unregulierten Kapitalismus bereits Neoliberalismus nannte), der Chicagoer Schule von Milton Friedman, der „Neoklassik“ (Annahme eines natürlichen Marktgleichgewichts) und der ökonomischen „Angebotstheorie“ enthalten, die nicht ohne Spannung zueinander stehen. In unserem Zusammenhang beziehen wir uns besonders auf ein Merkmal des „Neoliberalismus“: die Einschränkung der Staatstätigkeit zugunsten des Marktes, der auch die gesellschaftspolitisch wesentlichen Weichenstellungen vornehmen soll. Damit lehnt er eine auf sozialen Ausgleich zielende staatliche Wirtschaftspolitik ab, wendet sich auch gegen öffentliche Unternehmen oder öffentliche Güter und unterstützt stattdessen deren Privatisierung (kommunale Betriebe, Wasser, Energie, Krankenhäuser). Seine politisch-kulturell wichtigste Priorität liegt auf dem Wettbewerb, der über die Wirtschaft hinaus in allen gesellschaftlichen Teilbereichen (Bildung, Kultur, Gesundheit, Infrastruktur) die höchste Leistung hervorbringen soll (so der damalige BDI-Präsident Olaf Henkel, der den Übergang von der Wettbewerbswirtschaft zur Wettbewerbsgesellschaft forderte). Staatliche Politik soll sich auf die Stärkung des Wettbewerbs gegen Monopolbildung beschränken.

Das überall herrschende Wettbewerbsprinzip hat die Menschen untereinander zu Gegnern gemacht, die allein auf ihren privaten Vorteil konzentriert sind und auch sein können und sollen. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird von der Adam Smith zugeschriebenen „unsichtbaren Hand“ erwartet. Die Angebotstheorie zielt darauf, die Investitionsbedingungen für privates Kapital so günstig wie möglich zu gestalten, mit der Erwartung, dass dies die Produktion ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen werde. Der Vorrang des ausgeglichenen Haushalts gilt der Vertrauensbildung bei Kapitaleignern und Konsumenten. Nachfragegesichtspunkte erübrigen sich dabei. Die Bürger tragen nicht politische Verantwortung, sondern figurieren als „Kunden“ des Staates und des Marktes.

Insgesamt wurde durch diese Strömung die Erosion politischer Verantwortung, des Gemeinsinns, der Werteorientierung gesellschaftlichen Handelns, von Solidarität und Gerechtigkeit zugunsten privater Vorteile und massiver gesellschaftlicher Ungleichheiten gefördert. Für die Lösung der durch den Neo-Liberalismus verschärften oder geschaffenen Probleme gilt nun, diesen Trend im Sinne des sozialen Grundwerts der Solidarität wieder umzukehren. Dabei kann an der verbreiteten Erfahrung angeknüpft werden, dass zwischen Individualisierung und Solidarität kein Gegensatz besteht, sondern beide, wenn sie dauerhaft wirksam bleiben sollen, einander bedingen und fördern können. So ist schon heute häufig gerade in den am stärksten individualisierten sozialen Milieus zugleich auch die Bereitschaft zum freiwilligen sozialen und zivilgesellschaftlichen Engagement besonders stark ausgeprägt. Es liegt ja auf der Hand und entspricht der Lebenserfahrung fast aller, dass ohne ein Bewusstsein der wechselseitigen Verbundenheit und Zusammengehörigkeit, ohne die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen, ein Leben in Selbstachtung, Sicherheit und Würde nicht gelingen kann. Gegenwärtig machen immer mehr Menschen die Erfahrung, dass sich eine auf individual-egoistisches Erfolgshandeln allein gerichtete Lebensführung nicht nur für die Gesellschaft als ganze, sondern auch für sie selbst als Sackgasse erweist. Der Wert von Mitmenschlichkeit und Solidarität wird nach den Jahren der Verwechslung von Egoismus und Individualität neu entdeckt.

Es sind vor allem acht große Herausforderungen und ihre nationale, regionale und globale Verflechtung, in denen die akuten Krisen der Gegenwart ihren Ausdruck finden:

- **Ungleichheit.** Die wachsende Ungleichheit der Einkommen und Vermögen, der Lebenschancen und politischen Teilhabemöglichkeiten verbunden mit zunehmender Armut und dem immer weiter wachsenden obszönen, im Wesentlichen leistungslosen Reichtum winziger Gruppen Privilegierter –innerhalb unserer Gesellschaft und in der Welt im Ganzen. Sie zersetzt die Gesellschaften von innen her, zerstört Vertrauen und die Fähigkeit zu Solidarität, also all das, was Gesellschaften zusammen hält und erfolgversprechendes gemeinsames Handeln ermöglicht. In seiner regionalen und globalen Dimension ist das provozierende Ausmaß an

- Ungleichheit der Lebenschancen eine Hauptursache für die expandierenden Flüchtlingszahlen.
- Die **wirtschaftliche Macht** demokratisch unzulänglich regulierter, transnational agierende Konzerne und Märkte, überschreitet nationale Grenzen, vor allem im Bereich der Finanztransaktionen und gleichzeitig nimmt der Kontrollverlust nationaler Regierungen und übernationaler Institutionen ihnen gegenüber zu. Indem Wirtschaftsmacht die Handlungsfähigkeit der Staaten und transnationalen Institutionen auf vielfältige und effektive Weise unterminiert, blockiert sie soziale und ökologisch angemessene und demokratisch legitimierte Lösungen der vor allem von ihr selbst verursachten Krisen. Das gilt für das beispiellose Zerstörungspotential der Finanzmärkte und die Ungleichgewichte des Welthandels bis hin zur Gefahr der ökologischen Verwüstung der Erde und dem lebensbedrohenden Klimawandel.
 - Die **Digitale Revolution** ist im Begriff, nicht nur Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft, sondern die gesamte Lebensweise der Menschen tiefgreifend umzuwälzen, in einem Maße, das nach heutigem Wissensstand sogar die Dimensionen der industriellen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts übertrifft. Sie schafft in vielen Bereichen Strukturen und Fakten, die kaum noch revidiert und umso schwerer grundlegend neu gestaltet werden können, je länger die Prozesse ohne verantwortliche Steuerung andauern. Diese Entwicklung bedarf einer umfassenden demokratischen Gestaltung, damit sie in sozial verträgliche Bahnen überführt und den Menschen Nutzen bringen kann, statt ihre Lebensbedingungen im Interesse wirtschaftlicher oder staatlicher Interessen zu beherrschen.
 - Die **soziale und persönliche Unsicherheit** wächst in der Folge der einander bestärkenden gesellschaftlichen Fehlentwicklungen. Die politischen Akteure erscheinen zu machtlos, um dem wachsenden Bedürfnis nach menschlicher Sicherheit gerecht zu werden. Bedrohung und Verlust einer großen Zahl von Qualifikationen und Arbeitsplätzen mit der Folge von Einkommens- und Statusverlust durch den rasanten sozialen und wirtschaftlichen Wandel, lassen die Ausbreitung von Unsicherheit zum Merkmal der Epoche werden. Gleichzeitig wird die Schutzwirkung der

sozialen Sicherheitsnetze, besonders bei langer Arbeitslosigkeit und den Renten erheblich verringert.

- **Flucht und Migration** zählen im 21. Jahrhundert zu den wichtigsten Themen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen liegen in Kriegen und Bürgerkriegen, in politischer oder religiöser Unterdrückung, in der wachsenden globalen Ungleichheit, aber auch in Umweltzerstörung und dem Klimawandel mit seinen Folgen wie Dürren und Überflutungen. Hunger, Verfolgung, wirtschaftliche Not, Bildungsnotstand und Perspektivlosigkeit veranlassen weltweit viele Millionen Menschen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Es ist seit dem Bericht der Brandt-Kommission von 1980 offenkundig, dass eine wirksame und dauerhafte Lösung dieses Problems nur durch das solidarische Zusammenwirken aller dazu fähigen Länder und Akteure möglich wird und in Wahrheit auch im eigenen Interesse der reichen Länder liegt. Trotz der eindeutigen Erfahrungen mit der zunehmend bedrohlichen Krisenhaftigkeit dieser Entwicklung, stehen die entscheidenden Schritte für ein weltweites Zusammenwirken sowohl bei der Bekämpfung der Fluchtursachen wie auch bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten indessen immer noch aus.
- **Populismus und Autoritarismus.** Eine der problematischsten Folgen von Ungleichheit, Verunsicherung und dem verbreiteten Gefühl des Kontrollverlusts ist die neue Form des nationalistischen **Populismus und Autoritarismus**. Sie findet Unterstützung in Teilen der verunsicherten Unter- und Mittelschichten, die das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien verloren haben. Wo es autoritären, national populistischen Bewegungen gelingt die Macht im Staate zu erobern oder sie wirksam zu bedrängen, sind **Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Demokratie** akut gefährdet; das gilt besonders auch für die transnationale Kooperation in Europa und der Welt.
- Die **Selbstgefährdung der menschlichen Zivilisation** durch die irreparable Schädigung ihrer natürlichen Grundlagen ist nicht gebannt. Trotz der seit langem bekannten und gut gesicherten Informationen über Umweltzerstörung und Klimawandel im Anthropozän, dem

gegenwärtigen Erdzeitalter, in dem die Natur und ihr Schicksal durch das Handeln der Menschen geprägt wird, sind unsere Gesellschaften noch immer nicht ausreichend auf einen Entwicklungspfad gesicherter **Nachhaltigkeit** ihrer technologischen Naturbeherrschung eingeschwenkt. Die Bedrohung der ökologischen Lebensgrundlagen der menschlichen Zivilisation durch die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und die Erderwärmung sind nicht gebannt.

- **Nord-Süd-Spaltung.** Immer noch, trotz des Anwachsens der armutsbedingten weltweiten Flucht- und Migrationsbewegung, fehlt die Bereitschaft der reichen Länder des Nordens und der von ihnen dominierten internationalen Handelsorganisationen zu einer fairen globalen Handels- und Wirtschaftspolitik, die die eigenständige Entwicklung der armen Länder fördert und ihren Gesellschaften begründete Zuversicht gibt.
- **Das Defizit globaler Politik.** Der von Willy Brandt in den Anfängen der zweiten historischen Globalisierungswelle benannte Hauptwiderspruch unserer Epoche, ist im Kern noch nicht gelöst. Er verschärft sich im 21. Jahrhundert vielmehr tendenziell je länger er wirksam ist: Die gesellschaftlichen Beziehungen und ihre Probleme sind zunehmend global, aber die politischen Institutionen und Akteure für ihre Lösung sind überwiegend weiterhin national. Gutes und erfolgreiches Regieren, das die großen Menschheitsherausforderungen bewältigen kann, verlangt den zügigen Auf- und Ausbau wirksamer Formen globalen Regierens.

Für die Gestaltung des 21. Jahrhunderts wird die Lösung dieser miteinander eng verwobenen Probleme zur Überlebensfrage. Es kommt alles darauf an, die Antworten der Sozialen Demokratie auf die Krisen der Gegenwart zu aktualisieren, im öffentlichen Bewusstsein deutlich werden zu lassen und den politischen Parteien, die für sie eintreten, als verlässliche Garanten für ihre Verwirklichung Glaubwürdigkeit zu verleihen. Zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müssen vor allem die ökologische und die globale Dimension der Sozialen Demokratie eine Leitfunktion übernehmen.

2. Soziale Demokratie - Gute Gesellschaft

Zu den politischen Leitideen, die den Fortschritt beim Aufbau der Sozialen Demokratie in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts vorantrieben, gehörten vor allem soziale Gerechtigkeit, die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, ein inklusionsichernder Sozialstaat als Bürgerrecht, ein klassenloses Bildungssystem und die Sicherung sozialer und wirtschaftlicher Bürgerechte als Grundlage realer Demokratie. Der Internationalismus der Arbeiterbewegung hat wesentliche Impulse für die Ideen eines vereinten Europas und eines globalen Regierens gegeben. In einer Reihe europäischer Staaten ist es den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften auf dieser Basis gelungen, ihrem gemeinsamen historischen Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen näher zu kommen.

Die Verwirklichung gleicher Freiheit ist gleichbedeutend mit sozialer Inklusion und Partizipation. Im Zeitvergleich und im Vergleich unterschiedlicher Länder lässt sich messen, in welchem Maße Gesellschaften sich diesem Ziel annähern. Als Indikatoren dafür eignen sich annäherungsweise beispielhafte Schlüsselgrößen, in denen sich die Verteilung der Lebenschancen spiegelt. Zu ihnen gehören:

- Die Einhaltung der sozialen und ökonomischen **Grundrechte**.
- Reale **Gleichheit der Bildungschancen** unabhängig von der Herkunftsfamilie.
- Geringe **Armutquote**.
- Geringe **Ungleichheit der Einkommen** und Vermögen.
- **Hohe Erwerbsquote** von Frauen und Männern, geringe Dauer-Arbeitslosigkeit.
- **Vertikale Durchlässigkeit** der Gesellschaft, gerechte Aufstiegschancen.
- Gleichberechtigte Beziehungen zwischen den **Tarifpartnern**.
- **Paritätische Mitbestimmung** im Unternehmen.
- Ein universeller und **inklusionsichernder Sozialstaat**.

- **Geschlechtergleichheit.**
- Soziale Einbettung und demokratische **Regulation der Marktwirtschaft.**

Für die Abschätzung der Fortschritte und Rückschritte bei der Realisierung sozialer Demokratie müssen zu diesen quantifizierbaren Maßstäben qualitative Kriterien hinzutreten, deren Anwendung eine wesentlich weiter gefasste Betrachtung verlangen. Dazu gehören vor allem die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung und eine faire, Entwicklung und Frieden fördernde internationale Politik, insbesondere der Beitrag zu einem sozialen und demokratischen Europa. Ebenso wichtig ist die Entwicklung der politischen und sozialen Kultur im Lande, die so zentrale Fragen einschließt wie die nach der Entfaltung von Vertrauen, Solidarität und Sozialverhalten. Daher kann die Bewertung der Fortschritte und Rückschritte der Politik der Sozialen Demokratie anhand der genannten Maßstäbe nur eine Annäherung sein. Aber sie betrifft deren Kern und bietet eine sichere Grundlage. Gleichzeitig gibt sie eine konkrete Orientierung für die Analyse der Defizite und ihrer Ursachen sowie den weiteren oder neu entstandenen Handlungsbedarf.

Soziale Demokratie weist freilich deutlich über das hinaus, was sich mit empirischen Indikatoren messen lässt, denn sie erstrebt nicht nur eine gerechte, sondern auf dieser Grundlage auch eine solidarische und freundliche Gesellschaft. In ihr haben ökonomisches Erfolgsdenken, wirtschaftliche Macht, Ellenbogenkonkurrenz, Rivalitäten des privaten Egoismus sowie Verachtung für die Schwachen und „Fremden“ nicht das letzte Wort. Sie schafft Bedingungen für eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung der Menschen als Gleiche, ungeachtet ethnischer, religiöser oder sonstiger Zugehörigkeit. Soziale Gleichheit und Sicherheit fördern die Einbeziehung des Anderen und eine Kultur der Freundlichkeit. Sie erleichtern solidarisches Zusammenleben und menschliche Sicherheit. Eine solche Gesellschaft ist möglich, sie wird von den allermeisten Menschen erhofft, umso mehr je deutlicher sie die menschlich zerstörerischen Folgen eines neo-liberal verkürzten ökonomischen Erfolgsdenkens erkennen. Angesichts der Unsicherheiten und dem wachsenden menschlichen Unbehagen, die der entfesselte Kapitalismus erzeugt, wächst wieder langsam der Wille zur Stärkung der solidarischen Grundlagen von Freiheit und Demokratie.

3. Vertrauen neu bilden

Die europäische Sozialdemokratie war in der besonderen Konstellation der beiden Jahrzehnte um die Jahrhundertwende - als der klassische Sozialstaat in vielen europäischen Ländern an seine Grenzen zu stoßen schien und die Massenarbeitslosigkeit sich zu verfestigen drohte - nicht gegen die Einflüsse des Neo-Liberalismus gefeit, der in Teilbereichen Antworten auf die neuen Herausforderungen zu haben schien. Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, das für viele Vergleichsländer steht, zeigt für den Verlauf der letzten drei Jahrzehnte, in denen sozialdemokratisch geführte Regierungen eine bedeutende Rolle gespielt haben, eine höchst gemischte Bilanz. Sie gehört zu den Hauptgründen für die schwere Vertrauenskrise, in der sich die Europäische Sozialdemokratie befindet. Die Ironie der Geschichte ist, dass die Sozialdemokraten in einer Zeit an gesellschaftlichem Rückhalt verloren haben, in der die soziale Frage und damit die Ideen und Programmatik der Sozialen Demokratie eine neue Renaissance erleben.

Die von sozialdemokratisch geführten Regierungen betriebene sozialpolitische Reformpolitik der Agenda 2010 hat sich im Hinblick auf die Grundwerte und die Traditionen der Sozialen Demokratie als in wichtigen Teilen widersprüchlich und problematisch erwiesen. Ihre abstrakte voluntaristische Verurteilung als eine Art „Verirrung“ oder gar „Verrat“ greift gleichwohl zu kurz und vergibt die Chance, aus den unbestreitbar gemachten Fehlern für die Zukunft zu lernen. Entscheidend dafür ist eine ehrliche Vergegenwärtigung der seinerzeitigen Handlungsbedingungen, zu denen vor allem auch die Einschätzung der gegebenen Lage durch die beteiligten Akteure gehört. In den 1990er Jahren dominierten Befürchtungen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik in der Öffentlichkeit und in anerkannten Teilen der Wissenschaft, die auch Einfluss auf die Meinungsbildung innerhalb der Sozialdemokratie gewannen, aber strittig blieben. Mit ihren hohen Werten in den Bereichen Arbeitslosigkeit und Staatverschuldung sowie ihrem geringen Wirtschaftswachstum erschien die Bundesrepublik als erschöpft, überfordert und institutionell erstarrt. Zudem sahen die meisten Beobachter in der Entgrenzung der Märkte durch die verstärkte Globalisierung eine dauerhafte Entwertung der klassischen sozial- und wirtschaftspolitischen Instrumente der Sozialdemokratie,

insbesondere des Keynesianismus mit seiner Politik der Wachstums- und Beschäftigungsförderung verbunden mit dem Abbau der Staatsverschuldung in der zu erwartenden neuen Konjunktur.

Auf dieser Basis sahen sie sich in der Einschätzung bestätigt, dass Deutschland mit seiner sozialdemokratischen Regierung zu einer befreienden Reformpolitik in dieser veränderten Lage nicht fähig sei. Zu viele mächtige Einzelinteressen, zu hohe Belastungen durch die deutsche Einheit, der Druck der Globalisierung und der Mangel an neuen Ideen wirkten als Blockade. Die Zangenbewegung aus gleichzeitig wachsender Arbeitslosigkeit und durch sie mitbedingter wachsender Haushaltsdefizite bei den Sozialversicherungen und dem Staat selbst, verstärkte den Ruf nach einer neuen Politik.

Der Stagnation und Reformunfähigkeit der bundesdeutschen Akteure wurde die Dynamik und Innovationsfähigkeit der USA gegenübergestellt. Statt an der Deutschland AG und dem solidarischen Sozialstaat solle sich die deutsche Politik zur Erreichung des fälligen Durchbruchs an den Vorzügen einer stärker marktorientierten Politik in allen wichtigen Bereichen orientieren und sich, ähnlich wie die damit erfolgreiche Labour Party in Großbritannien, nicht scheuen, im Bereich der politischen Instrumente, auch Anleihen beim öffentlich dominanten Neoliberalismus zu machen, freilich ohne die eigenen Grundwerte preiszugeben. Auf diese wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Umbrüche, vorangetrieben und herausgefordert durch gestiegene Kapitalmacht und hohe Arbeitslosigkeit, reagierten Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien seit den 90er Jahren mit neuen Angeboten, um Beschäftigung zu sichern und den Sozialstaat weiter zu entwickeln. Dazu gehörte auch eine offensivere Einbeziehung marktorientierter Lösungen in die Politik der sozialen Sicherung. Neben den drängenden strukturellen Verschiebungen in Wirtschaft und Gesellschaft, waren aber auch die Erfolge der eher marktorientierten parteipolitischen Konkurrenz eine treibende Kraft für die Suche nach zeitgemäßen sozialdemokratischen Antworten. Nachdem der sozialdemokratische Versuch, den Tarifpartnern durch das „Bündnis für Arbeit“ eine eigene maßgebliche Rolle bei der Neujustierung des Arbeitsmarktes zu geben scheiterte, kam es zu einer schnellen Abfolge von weitreichenden Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik „von oben“.

Als Antwort auf diese Herausforderung realisierte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die Agenda 2010 mit einschneidenden Reformen zur partiellen Liberalisierung des Arbeitsmarkts sowie zur Lockerung und Absenkung des sozialen vor allem beruflichen Versicherungsschutzes bei Arbeitslosigkeit. Verbunden waren damit zahlreiche weitere Arbeitsmarktreformen wie die Erleichterung von Teilzeit-, Leih- und befristeter Arbeit. Das Hauptargument der sozialdemokratischen Befürworter dieser Politik war, dass diese begrenzten Einschnitte unabdingbar seien, um mehr Beschäftigung zu schaffen, soziale Sicherung und Arbeitsschutz im Ganzen in der veränderten Lage schützen zu können. Erwartet wurde, dass eine rasch einsetzende Konjunktur die problematischen Lockerungen und Kürzungen am Arbeitsmarkt eng befristen würde und diese im Kern auf die vorübergehende Rolle von Konjunkturanstößen, mit rascher, flexibler Heranführung insbesondere auch Langzeitarbeitsloser an dauerhafte Beschäftigung beschränken könnte. Dessen ungeachtet wurden Begründung, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Politik von vielen Sozialdemokraten und den meisten Gewerkschaften vehement zurück gewiesen.

Es blieb daher auch umstritten, in welchem Maße die sich dann tatsächlich einstellenden Beschäftigungserfolge ursächlich auf die Agenda-Politik zurückzuführen seien oder dies doch anderen Entwicklungen dieser Zeit zu verdanken war. Zu den Erfolgen gehörte der nachfolgende deutliche Beschäftigungszuwachs, der allerdings zugleich auch zu einer enormen Zunahme von Teilzeitbeschäftigung, befristeten- und Minijobs sowie Leiharbeit führte. Die Hoffnung, all diese Formen atypischer Arbeit würden durch den Wirtschaftsaufschwung, dem sie auf die Sprünge helfen sollten, sehr bald in typische Arbeitsverhältnisse überführt werden können, hat sich dann aber nicht erfüllt. Die Lebens- und Arbeitsqualität eines großen Teils der Bevölkerung und ihre Einkommensentwicklung konnten mit dieser Politik nicht verbessert werden. Ungleichheit und Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt nahmen zu, insbesondere wuchsen einfache und schlecht bezahlte Arbeit. Zwar vermehrten sich die Arbeits- und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen, aber es gelang trotz ihrer zunehmenden Bildungsbeteiligung nicht, den erheblichen Abstand zwischen den Geschlechtern bei den Berufspositionen und Einkommen zu überwinden. Das Volkseinkommen wuchs wesentlich stärker als das Einkommen aus abhängiger Arbeit, vor allem der Niedriglohnsektor nahm außerordentlich zu und liegt

inzwischen bei etwa 25% der Beschäftigten insgesamt. Auch die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen schoss in die Höhe und erreicht mittlerweile historische Rekordwerte. Für viele Menschen hat diese Reformpolitik offensichtlich die Lage nicht verbessert, für einige sogar verschlechtert.

In dieser zweiseitigen Bilanz von mehr Arbeitsmarktbeteiligung auf der einen Seite und mehr sozialer Ungleichheit, Unsicherheit und Polarisierung auf den Arbeitsmärkten andererseits, liegen wesentliche Ursachen für die Entfremdung zwischen Teilen der Mittel- und Unterschichten und der Sozialdemokratie begründet. Vor allem in der Umstellung der Arbeitslosenversicherung auf eine Regelung die es möglich machte, dass langjährig versicherte Arbeitnehmer schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf das Niveau der Sozialhilfe absinken konnten und dafür auch noch ihre Ersparnisse oberhalb eines niedrigen Selbstbehalts auflösen mussten, hat dem Vertrauen in die Verlässlichkeit und den historischen Anspruch der Sozialdemokratie „als Schutzmacht der kleinen Leute“ schwer geschadet.

Diese Politik war eingebettet in einen Kontext der Globalisierung und des revolutionären technologischen Wandels der Digitalisierung, die schon seit den 1980er Jahren zu einem weitreichenden wirtschaftlichen Umbau der Unternehmen, Betriebe und Branchen führte. Auf den Arbeitsmärkten kommt es seither zu Höherqualifizierung, Akademisierung, Feminisierung, zugleich aber auch einer lange nicht gekannten Prekarisierung von Arbeit. Die Zunahme einfacher Arbeit geschieht größtenteils außerhalb der Industrie in gewerkschaftsfreien Zonen, wodurch das Wachstum des Niedriglohnssektors weiter forciert wird. Die Wucht der strukturellen und politischen Auswirkungen dieser Prozesse, die alle bereits vor den 90er Jahren einsetzten, wurden hierzulande durch die deutsche Einheit zunächst verdeckt, und traten erst in der zweiten Hälfte der 90er Jahren mit der erwähnten „Reformstaudebatte“ ins Rampenlicht der Öffentlichkeit. Stichworte, die diese neue Konstellation globaler Ökonomisierung prägten, sind Flexibilisierung, Dezentralisierung, Prekarisierung und Finanzialisierung. Unbestritten dabei ist, dass die erweiterte internationale Arbeitsteilung die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Kapitaleigentümer und des Managements gestärkt hat. Gleichzeitig erhöhte die

Herrschaft der Finanzmärkte den Renditedruck und verschärfte die Umverteilung zugunsten der Spitzenverdiener.

Ein großer Teil des Jobwachstums zwischen 1995 und 2007, der der „Agenda-Politik“ als Erfolg zugerechnet wird, beruht auf Zeitarbeitsplätzen, Teilzeitjobs, geringfügigen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Werkverträgen und Soloselbständigkeit. Zwischen Paris und Lissabon ist heute jeder dritte Arbeitsplatz atypisch. Das Lohnniveau entgrenzter Arbeit liegt deutlich unter der Entlohnung regulärer Beschäftigung. Die Erosion regulärer Arbeitsverhältnisse unterhöhlt das Tarifsystem und schwächt die Gewerkschaften. All diese sowohl von einer verkürzten Einschätzung der Lage, wie von überzogenen Erwartungen an eine den Markt stärkende Politik geprägten Reformen, waren in ihren realen Ergebnissen zwiespältig und in ihrer Wirkung für die Sozialdemokratie als Partei äußerst negativ: Einerseits suchte die Agenda-Politik darauf hin zu wirken, dass Arbeitslosigkeit ein vorübergehendes Phänomen und die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt das Maß der Dinge wird. Tatsächlich verringerte sich die Arbeitslosigkeit. Andererseits förderten dieselben Maßnahmen durch ihren strukturellen Schutzabbau das Gefühl der sozialen Unsicherheit bis weit in die Mittelschichten hinein. Zudem führten sie zu einer Reduktion der Lebensstandardsicherung. Weil die geplante enge zeitliche Befristung der meisten dieser Reformen nicht eintrat, beschädigten ihre tatsächlichen Ergebnisse in den Augen eines größeren Bevölkerungsteils den Markenkern der Sozialdemokratie als Partei der sozialen Gerechtigkeit und Sicherheit massiv.

Verschärft wird die Lage dadurch, dass sich die Primärverteilung zulasten der Arbeitnehmer verändert hat. Denn zunehmend mehr Arbeitgeber haben sich von wesentlichen Kernpositionen der sozialen Marktwirtschaft und der Sozialpartnerschaft verabschiedet. Vor allem ihre abnehmende Bereitschaft, gemeinsam mit den Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen und sich an diese zu binden, fördert eine unzureichende Beteiligung der Beschäftigten am wirtschaftlichen Wachstum. Während sich in den 70er Jahren etwa 75% der Beschäftigten auf die Mindestbedingungen von kollektiven Tarifverträgen verlassen konnten, sind dies mittlerweile weniger als 50%. Auch bei der betrieblichen Mitsprache der Beschäftigten ist ein deutlicher Rückgang erkennbar. Nur noch in neun Prozent der Betriebe in der Privatwirtschaft besteht

ein Betriebsrat. Für eine gerechtere Verteilungs- und Beteiligungsgerechtigkeit sind aber nicht nur die individuellen Ergebnisse eines Teiles der Beschäftigten maßgeblich. Neben individuellen Rechten sind deshalb auch kollektive Rechtspositionen notwendig, die gelebt und genutzt werden müssen.

Individuelle Lebenschancen brauchen solidarische Institutionen und Aktivitäten. Diese müssen gefördert und weiter entwickelt werden. Vielfach wurde darauf aber verzichtet. Infolgedessen haben solidarische Institutionen wie die Sozialversicherungen, Flächentarifverträge, Betriebsräte aber auch das öffentliche Schulwesen an Attraktivität verloren. Sie wurden schlecht geredet, für hinderlich befunden und partiell durch private individuelle Optimierungsstrukturen ersetzt. Dies befördert den teilweise zutreffenden Eindruck, dass sich auch sozialdemokratische Politik zu sehr von marktlichen Akteuren und Prinzipien hat treiben lassen und sich zu wenig für solidarische Strukturen als Rahmen eingesetzt hat, um individuelle Lebenschancen zu fördern.

Diese problematische Bilanz ist ein wichtiger Teil der Erklärung für die heutigen Probleme der sozialdemokratischen Parteien in fast allen europäischen Ländern, die sich auf vergleichbare politische Rezepte verlassen haben. Sie bietet den Hintergrund zu dem, was als sozialdemokratische Malaise bezeichnet worden ist. Einer der maßgeblichen Auslöser dieser Politik war ja die Annahme, dass im Zuge der fortschreitenden Verbreitung neoliberaler Ideen und einer neoliberalen Globalisierungspraxis nach dem Ende des Kalten Krieges traditionelle sozialdemokratische Politik nicht mehr zeitgemäß sei und Parteien, die an ihr festhielten, daher nicht mehr mit Wahlerfolgen rechnen könnten. In den sich schnell ändernden Zeiten musste also – so die Annahme - eine neue Politik gefunden werden, weil die traditionellen Inhalte entweder nicht mehr Erfolg versprechend oder bereits realisiert waren. Inhaltlich bedeuteten diese Reformen eine Annäherung, in einigen Bereichen auch eine Anpassung, an den neoliberalen Mainstream, was einen deutlichen Verlust des sozialen Profils und der Erkennbarkeit des sozialdemokratischen Markenkerns mit sich brachte. Der neue Politikstil, die Strategie der „Neuen Mitte“ (in Großbritannien „Dritter Weg“), war dadurch geprägt, dass auf dem Wählermarkt bestimmten Wählergruppen Politikangebote auf der Basis ihrer aktuellen Präferenzen gemacht wurden, um ihre Stimme zu gewinnen. Auf längerfristige Gesellschaftsveränderung

ausgelegte „transformative“ Politik, wurde zu Gunsten der kurzfristigen Orientierung vernachlässigt.

Diese Strategie produzierte neben dem teilweisen Identitätsverlust langfristige Probleme sowohl für die Gesellschaft wie auch für das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der sozialdemokratischen Parteien selbst. Als die Zäsur der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 die Welt schockierte, geriet die in der Zwischenzeit ganz in den Hintergrund getretene dringende Frage nach einem alternativen Politik- und Wirtschaftsmodell plötzlich wieder ins Zentrum der Politik. Ein neuer „sozialdemokratischen Moment“ begann nun auch die öffentliche Debatte zu prägen und in den sozialdemokratischen Parteien setzte eine Selbstbefragung ein: War es nicht immer die Sozialdemokratie gewesen, die auf die inhärente Instabilität des mangelhaft regulierten Kapitalismus, insbesondere der expandierenden Finanzmärkten hingewiesen hatte? Hatte die Krise nun nicht genau die Gültigkeit dieser Position bestätigt und müsste deshalb nicht der Sozialdemokratie das Vertrauen ausgesprochen werden, diese zentralen Schwachstellen im Herzen der kapitalistischen Marktwirtschaft zu reformieren? In großen Teilen der Öffentlichkeit freilich wurden nun die kritischen Fragen an die sozialdemokratischen Parteien ganz anders akzentuiert. Sie zeugten von Enttäuschung und verlorenem Vertrauen. Daher entspricht dem „sozialdemokratischen Moment“ im Hinblick auf die realen Probleme bis heute nur zögernd ein entsprechender Bewusstseinswandel in der Gesellschaft, der den sozialdemokratischen Parteien zugutekommt.

Dieser Widerspruch konnte von den sozialdemokratischen Parteien bislang nicht aufgelöst werden. Als sich die Frage nach einer großen politischen Alternative aufs Neue stellte, gelang ihnen keine überzeugende Antwort und die Antworten, die sie gaben, stießen auf Skepsis. Denn die vorherigen Wahlerfolge wurden nun zum Problem, da unter sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung einige der die Krise begünstigenden Reformen durchgesetzt wurden und Sozialdemokraten deshalb eine Mitschuld zugeschrieben wurde. Diese Effekte, zusammen mit dem schon früher geschwächten sozialen Profil, bekräftigten den anhaltenden Vertrauensverlust in die sozialdemokratischen Parteien.

4. Das Projekt der Sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert

Die Grundwerte und politischen Leitideen der Sozialen Demokratie zielen auf eine Gesellschaft, in der gleiche Lebenschancen, gleiche Mitwirkungsrechte und gleiche Anerkennung aller gewährleistet sind. Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung hat seit ihren Anfängen im 19. Jahrhundert dafür gekämpft, dass die sozialen Voraussetzungen der gleichen Freiheit für alle Menschen als verbrieftes Grundrecht anerkannt wird und damit verpflichtende Geltung überall in der Welt erlangt. Die Idee der politischen Bürgerschaft wurde durch die der sozialen Bürgerschaft ergänzt. Dieses Ziel wurde nach einhundertjährigem Kampf im UN-Abkommen über die grundlegenden Rechte der Menschen von 1966 erreicht. Darin wird klargestellt, dass wirkliche, gelebte Freiheit für alle neben der Geltung von bürgerlichen und politischen Grundrechten als Bedingung der politischen Demokratie gleichermaßen die Geltung sozialer und wirtschaftlicher Grundrechte verlangt, die ein selbstbestimmtes Leben für alle in der Alltagswirklichkeit überhaupt erst möglich machen. Die rechtswirksame Verankerung der sozialen Grundrechte durch die Vereinten Nationen war der entscheidende Zivilisationsfortschritt des 20. Jahrhunderts. Es ist der historische Auftrag der sozialen Demokratie, diesem Anspruch unter wechselnden Bedingungen immer aufs Neue mit veränderten Mitteln gerecht zu werden.

Die Weltkrisen der Gegenwart - beispielhaft die ungebändigte Erderwärmung und die Zunahme der Flüchtlingsströme - zeigen, dass unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts Soziale Demokratie sogar in den Kernländern des reichen Nordens nur noch gewährleistet und gesichert werden kann, wenn ihre Grundsätze auch in der globalen Peripherie realisiert werden. Ihre dauerhaft gesicherte Verwirklichung kann nicht mehr in den engen Grenzen eines einzigen Landes erreicht werden, sie verlangt umfassende und faire transnationale Kooperation. Die Hauptaufgabe der Sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert besteht in ihrem Beitrag dazu, dass die Weltgemeinschaft den sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten überall auf der Welt in zunehmendem Maße gerecht wird.

Die Einlösung dieser Verpflichtung verlangt nach allen gemachten Erfahrungen der letzten Jahrzehnte keineswegs einen realitätsfernen Altruismus – im Gegenteil, sie setzt nur die nüchterne Erkenntnis voraus, dass Sicherheit und

Wohlstand auch in den reichen Ländern der Welt, ohne spürbaren sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt in den heute noch armen Ländern, nicht mehr zu gewährleisten sind. Die schrittweise Realisierung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte überall auf der Welt kommt in Wirklichkeit allen zugute, auch wenn die reichen Länder dafür heute mehr investieren müssen. Diese Einsicht ist der Ausgangspunkt für globale Solidarität im 21. Jahrhundert.

Die reichen Länder sind heute von einer doppelten Entfremdung geprägt: zum einen von der materiellen Entfremdung, dass das eigene Leben der Kontrolle zu entgleiten scheint. Die vergangenen Jahrzehnte waren von einer Dynamisierung nahezu aller Lebensbereiche geprägt. Sie erstreckt sich auch auf die Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse sowie den sozialen Status. Erwerbsbiographien werden brüchiger, es gibt wachsende Anforderungen an Mobilität und Flexibilität, nichts scheint mehr sicher oder planbar. Wer in ständiger Angst und Unsicherheit lebt, wer das Gefühl hat, dauernd kämpfen zu müssen, um den einmal erreichten Status zumindest halbwegs zu halten, der hat nicht das Gefühl eines freien und selbstbestimmten Lebens und faktisch auch nicht die Chance dazu. Verschärft wird dieses Dilemma dadurch, dass die Erfahrungen der Unsicherheit und der Exklusion im eigenen Land bei den meisten davon Betroffenen die Bereitschaft zur solidarischen Hilfe für die von Wohlstand und Sicherheit Ausgeschlossen in den ärmeren Ländern sinken lässt, die in Folge auch ihnen selber zugutekäme. Die Überwindung der falschen Gegensätze zwischen nationalem und globalem Wohlergehen gehört daher zu den großen Herausforderungen der Sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert.

Eine weitere Entfremdung ist die von der Politik. Nicht nur in den reichen Ländern sondern überall auf der Welt nimmt der Eindruck zu, die Welt ließe sich nicht mehr gestalten. Politik und politische Eliten scheinen nicht mehr – so die Wahrnehmung in großen Teilen der Bevölkerung – auf die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger zu reagieren. Die politischen Entscheidungsträger wirken abgehoben und elitär, nicht als Partner, mit deren das eigene Umfeld im eigenen Interesse gestaltet werden kann. Diese Erfahrungen der Ohnmacht wurden von politischen Akteuren über die letzten drei Jahrzehnte bewusst gefördert und reichen in Europa von Thatchers neo-liberalem „TINA“- (Es gibt keine Alternative) Parole über die „Basta“-Politik Schröders bis hin zur Merkel’schen

„Alternativlosigkeit“ des marktgerechten Staates. All das untergräbt das Vertrauen in die politische und demokratische Gestaltungsfähigkeit. Demokratie erscheint nicht mehr als das Instrument, mit dem die Welt gestaltet werden kann. Das fördert die Bereitschaft zu radikalen und irrationalen Alternativen.

Es ist daher kein Zufall, dass nun diejenigen Politikerinnen und Politiker hohe Zustimmung erfahren, die aggressiv die politischen Gestaltungsmöglichkeiten einfordern und dafür einfache und radikale Lösungen propagieren. Trump, Le Pen, Erdogan oder Farage geben das Gefühl der Gestaltbarkeit zurück und sind gerade deshalb so attraktiv – auch wenn ihre vermeintlichen Lösungen in die Irre führen. Das Gefühl des Kontrollverlusts über die Bedingungen des eigenen Lebens und die eigene Umwelt schließt Beruf, Einkommen, Wohnen, Lebenswelt und das Risiko des sozialen Abstiegs ein. Die „politischen Klasse“, die „Politik“ scheinen die Sorgen der Menschen nicht mehr wahrzunehmen.

Das Projekt der Sozialen Demokratie will soziale Sicherheit und Teilhabe als Grundrechte durch die Gewährleistung ihrer globalen Bedingungen. Sie bietet damit eine konkrete, machbare Utopie in Zeiten der Entfremdung. Jedem und Jeder stehen unabhängig von Einkommen, Herkunft und Vermögen gesicherte Chancen zu, um ein freies, selbstbestimmtes Leben führen und die Lebenswelt mit gestalten zu können. Dazu gehören überall auf der Welt demokratische Beteiligungsrechte ebenso wie das Recht auf materielle Mindestsicherung, gesundheitliche Versorgung, Bildung, also diejenigen Ressourcen, die ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle erst Wirklichkeit werden lassen.

Gleichheit, im nationalen ebenso wie im globalen Maßstab, verlangt vor allem ein umfassendes System öffentlicher Güter, die allen unabhängig von Einkommen und Vermögen zugänglich sind. Sie erfüllen unmittelbar die in den universellen Grundrechten enthaltenen Anforderungen: Schulen, Hochschulen, Berufsbildung, Volkshochschulen, Gesundheitsversorgung, Wohnung und öffentliche Räume, intakte Nachbarschaften und Lebenswelten, Bibliotheken, Straßen, öffentlicher Nah- und Fernverkehr, Schwimmbäder, soziale Sicherung. Die Ursprungsidee der Sozialen Demokratie, die Forderung nach sozialer, wirtschaftlicher und demokratischer Gleichheit, kehrt heute mit Wucht in die öffentliche Debatte zurück. Anders als in den Jahren der neoliberalen Diskurshoheit wird Gleichheit nun in der öffentlichen Debatte nicht mehr als wirtschafts- oder

leistungsfeindlich wahrgenommen, sondern im Gegenteil als wachstumsfördernd, als Bedingung für gesellschaftliche Legitimität und politisches Vertrauen. Die sozialdemokratische Erzählung von der Notwendigkeit und Möglichkeit gleicher Freiheit für alle Menschen ist wieder aktuell und überzeugt viele. Sie bietet eine Antwort auf die Herausforderungen der Entfremdung, sie bietet die Chance ein freies und selbstbestimmtes Leben zu führen und die Welt, in der dieses Leben stattfindet, mit zu gestalten.

Aber viele, die das Projekt der Sozialen Demokratie überzeugt, sind skeptisch gegenüber den Parteien, die es sich auf ihre Fahnen geschrieben haben. Zu vieles in den Schlüsselbereichen der sozialen Sicherheit, der demokratischen Einbettung der Märkte, der Parität der Tarifparteien, der sozialen Mobilität, der Chancengleichheit, des Aufstiegsversprechens für alle und der gleichberechtigten Bürgerschaft - all dessen, was Dahrendorfs Befund einst rechtfertigte, hat sich seither in die Gegenrichtung zurückentwickelt. Globalisierung, Digitalisierung, neo-liberale Dominanz, aber auch die Fehler und Fehleinschätzungen der Sozialdemokraten in ihrer Regierungszeit forcierten seither eine „stille Revolution“ unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der medialen Öffentlichkeit, die vieles vom ehemals sozialdemokratischen Bild der Wirklichkeit verwischt oder unkenntlich gemacht hat.

Die Gesellschaft bietet heute ein anderes Bild: Die Klassengesellschaft und die Dominanz der Märkte sind zurückgekehrt, die soziale Marktwirtschaft entwickelt sich in Richtung eines neuartigen „Feudalkapitalismus“ (S. Neckel). Das Leistungsprinzip und das Aufstiegsversprechen, fundamentale Legitimationsnormen unserer Gesellschaft, werden dementiert, wenn an der Spitze obszöne Ungleichheit der Einkommen und Vermögen ohne nachweisliche Leistungen zur Gewohnheit wird, dabei die prekäre Arbeit wächst und gleichzeitig nicht nur die Aufstiegschancen schwinden, sondern großen Gruppen der Abstieg droht. Es droht die „Abstiegsgesellschaft“ (O. Nachtwey). Massenhafter Vertrauensverlust in die Zukunft und die Parteien, denen die Hoffnungen galten, ist Wasser auf die Mühlen des Rechtspopulismus. Dahrendorf hatte in seiner großen Prognose nicht nur das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts vorhergesagt, sondern auch die erneute Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Beide gerieten im 21. Jahrhundert weltweit in die Defensive und

wurden von einer starken Welle des illiberalen politischen Autoritarismus bedroht. Das Erstarken des auf autoritäre Herrschaft gerichteten neuen Populismus in einer zunehmenden Zahl von Ländern in aller Welt deutet darauf hin, dass diese Gefahr höchst real ist.

Die politische Konsequenz aus alle diesen Entwicklungen ist eindeutig. Für die Abwehr der neuen Gefahren eines autoritären Nationalismus, für die Umkehr des Prozesses zum neoliberalen Marktfundamentalismus, des Sozialstaatabbaus und Raubbaus an den öffentlichen Gütern der Kommunen und der gesellschaftlichen Infrastruktur, vor allem aber auch für die Sicherung der ökologischen Grundlagen der menschlichen Zivilisation bedarf es einer erneuerten Sozialen Demokratie des 21. Jahrhunderts. Sie muss ihre bewährten politischen Leitideen neu begründen und den veränderten Bedingungen anpassen und im Hinblick auf die neuen Herausforderungen ergänzen. Im Zentrum stehen dabei künftig:

- Die **sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte** gleichwertig mit den bürgerlichen und politischen Grundrechten weltweit zur Geltung bringen, um die soziale Sicherheit zu gewährleisten.
- Die Verteidigung der **sozialen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts und ihre zeitgemäße Fortführung** durch eine konsequente Politik der sozialen und politischen Gleichheit.
- Der **Schutz von Zivilkultur, Rechtsstaat und Demokratie** gegen den identitätspolitischen Populismus und politischen Autoritarismus.
- Die politische und soziale **Gestaltung der digitalen Revolution**.
- Die Fortsetzung und Intensivierung der Politik der **Nachhaltigkeit** im Umgang mit der Natur zur Sicherung der ökologischen Grundlagen der menschlichen Zivilisation – lokal, regional und global .
- Die zielstrebige Weiterführung und Vollendung der existierenden Anfänge **globalen Regierens** mit dem Ziel der fairen Verteilung des Wohlstands der gleichberechtigten Kooperation in der einen Welt.
- Ein **Neustart Europas** als ein konsequent demokratischer, sozialer und friedenspolitischer Akteur in der Weltarena.

- Die **Stärkung der kommunalen Lebenswelten** und einer zivilen Kultur der Solidarität und der Freundlichkeit.

Mit Leitbegriffen wie „selektives“ oder „qualitatives“ Wachstum wurde schon in den grundlegenden wissenschaftlichen und politischen Debatten über die Zukunft des Fortschritts in den 1980er Jahren klargestellt, dass das Projekt der Sozialen Demokratie nicht von unbedingtem Wirtschaftswachstum abhängen kann und darf. Hätte das quantitative Wachstum Vorrang, so würde dies den fortgesetzten Raubbau an den natürlichen Grundlagen der menschlichen Zivilisation begünstigen. Das Ende des goldenen Zeitalters der europäischen Sozialdemokratie in den 1980er Jahren und die seither fortgesetzte Wachstumsschwäche des europäischen Kapitalismus, bedeuten daher keinesfalls den historischen Schlussstrich unter das Projekt der Sozialen Demokratie, wie Skeptiker heute behaupten. Schlimmstenfalls erschwert es die Bedingungen seiner weitergehenden Realisierung, denn die politischen Durchsetzungskonflikte könnten sich verschärfen, wenn die Umverteilung von Lebens- und Teilhabechancen nicht mehr mit der Vertröstung auf Wachstumshoffnungen umgangen werden kann. Aber gerade das kann auch die Unterstützung für eine Umverteilungspolitik stärken, weil sie dann ohne Alternative ist.

5. Die anhaltende Selbstgefährdung der Zivilisation beenden

Soziale Demokratie ist das historische Projekt des gesellschaftlichen Fortschritts. Ihr Ziel ist die Emanzipation des Menschen. Aufklärung und Vernunft wurden zu den wichtigsten Prinzipien, um der Wirklichkeit Sinn, Struktur und Ordnung zu geben. Zum Unterbau des Fortschrittsprozesses wurde die wissenschaftlich-technische und ökonomische Entwicklung, entsprechend ging es im Wesentlichen um die Förderung der technisch-wirtschaftlichen Entwicklung. Die europäische Moderne stieg zum Weltmodell auf, insbesondere durch die epochalen Errungenschaften der französischen Revolution, die großen Menschenrechtsbewegungen, die Entfaltung der Demokratie und schließlich des Sozialstaats.

Obwohl es in der Ideengeschichte der Moderne auch eine kritische Sicht auf den Fortschrittsgedanken gab, wurde vor allem im letzten Jahrhundert die einseitige Orientierung auf Wirtschaftswachstum und technischen Fortschritt zu einer

selbstgewiss demonstrierten Weltanschauung, die keine Rücksicht auf die Begrenzung des Planeten nahm. Bis heute werden die vier Hauptsätze der Thermodynamik (der Wärmelehre) ignoriert. Die Natur wird nicht als Mitwelt verstanden, sondern als zubereitete, isolierte und selektive Ressource gesehen, als gefügiger oder ästhetischer Gegenstand des menschlichen Lebens.

Tatsächlich aber gerät die Idee des Fortschritts mit der radikalen Entgrenzung von Zeit und Raum an ihre Grenzen. Im endlichen System Erde werden planetare Grenzen überschritten, die für das Leben der Menschen essentiell sind. Das Ergebnis ist eindeutig: Wenn sich nicht grundsätzlich etwas ändert, ist die Menschheit im Begriff, die ökologischen Grenzen unseres Planeten zu überschreiten. Doch das Problem ist, dass wir die Tragweite der heutigen Transformation wahrscheinlich erst in einigen Jahrzehnten begreifen werden. Drei Gründe sind dafür entscheidend:

Erstens: Zwischen der Verursachung z. B. des anthropogenen Klimawandels und den Auswirkungen liegt eine Zeitverzögerung von mindesten vier Jahrzehnten. Die Folgen für die Zukunft sind dann bereits nicht mehr zu verhindern.

Zweitens: Die Folgen sind auf tragisch ungerechte Weise auf die unterschiedlichen Regionen und sozialen Schichten verteilt, wobei vor allem die Ärmsten besonders stark betroffen sind, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen.

Drittens: Das Streben der Regierungen ist in erster Linie auf kurzfristige Interessen und auf höheres Wachstum ausgerichtet. Dadurch verharren sie im Bestehenden, statt die Zukunft sozial und ökologisch zu gestalten.

Die Erde steuert auf einen verhängnisvollen Zeitpunkt zu, der schon dann eintreten kann, wenn das Zusammenspiel von Klimaänderungen, Öl- und Wasserknappheit, nachholender Industrialisierung und weiteren 1,5 Milliarden Menschen Synergien erzeugt, deren negative Folgen jenseits unserer Vorstellungskraft liegen.

In der Nachkriegszeit konnte der Wohlfahrtsstaat die sozialen Folgen der „Entbettung“ der Ökonomie aus gesellschaftlichen Bindungen in Grenzen halten, doch in der neo-liberalen Phase wurden die Konsequenzen aus der

Verschwendung natürlicher Ressourcen und der Überlastung ökologischer Systeme lange Zeit nicht gesehen, verdrängt oder die Erkenntnisse blieben folgenlos. Aber es geht nicht allein um die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die soziale Umwelt und die natürliche Umwelt verschlechtern sich gemeinsam, und wir werden die Umweltzerstörung nicht angehen können, wenn wir nicht gleichzeitig auf die sozialen Zusammenhänge achten.

Die große Herausforderung heißt daher: Den Kapitalismus national, europäisch und global, sozial und ökologisch zu bändigen. Das erfordert Antworten, die Deutschland nicht allein geben kann, aber bei denen unser Land und die Europäische Union eine wichtige Rolle einnehmen können.

Die ökologischen Krisen der Gegenwart - Klimawandel, Überlastung der Ökosysteme, Rohstoffknappheit und Ausrottung der natürlichen Arten – erfordern eine generationsübergreifende Gerechtigkeit. Soziale Demokratie verlangt eine sozial-ökologische Gestaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, eine nachhaltige Ökonomie, die nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, sondern auch den sozialen Zusammenhalt bewahrt und mehr Demokratie verwirklicht. Dafür muss die Ökonomie in dauerhafte gesellschaftliche Bindungen „eingebettet“ werden. Für eine solche sozial-ökologische Wende sind zehn Wegmarken zentral:

Erstens: Die Jahrhundertidee der Nachhaltigkeit muss als regulatives Prinzip der sozial-ökologischen Gestaltung konkretisiert werden.

Zweitens: Wir brauchen ein Naturverständnis, das die Natur nicht nur als Umwelt sondern als natürliche Mitwelt begreift.

Drittens: Die ökonomischen Grundlagen der Gestaltung sind die drei I's: Investitionen, Innovationen und Infrastruktur. Sie gehören zusammen, um den Prozess der Erneuerung einzuleiten.

Viertens: Eine Ressourcen- und Energieeffizienzrevolution ist die Brückentechnologie in die Solar- und Kreislaufwirtschaft. Wir brauchen nicht nur 100 Prozent erneuerbare Energien, sondern auch die 2.000-Watt-Gesellschaft, um zu einer drastischen Reduktion des Energie- und Rohstoffverbrauchs zu kommen.

Fünftens: Wir wollen einen kulturellen Wandel einleiten, der neue Formen von Demokratie, Wohlstand und Lebensqualität begründet. Dazu zählen auch mehr Zeitwohlstand und ein qualitatives Indikatorensystem.

Sechstens: Wir brauchen Verteilungsgerechtigkeit, gute Arbeit und armutsfeste Sozialsysteme, die nicht von hohem Wachstum abhängig sind.

Siebtens: Notwendig ist eine ökologische Finanzreform mit einer schrittweisen Verlagerung von der Arbeitsproduktivität zur Ressourcenproduktivität.

Achtens: Die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation braucht eine Ausweitung von Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe vor allem in der Wirtschaft, um die Kreativität und Mitverantwortung der Menschen zu fördern.

Neuntens: Wir wollen die öffentlichen Güter und den Rechtsstaat stärken, auch durch den Ausbau von Bildung, sozialer Sicherheit und Kultur.

Zehntens: Die Europäische Union muss zur Union der Nachhaltigkeit werden, damit Europa in der Globalisierung eine gestaltende Rolle spielt und das Erbe der europäischen Moderne bewahren kann.

Einige Bereiche haben eine besondere strategische Bedeutung für die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation: Die nachhaltige Stadt, der Klimaschutz, eine Verkehrswende und eine bäuerliche Landwirtschaft für eine gesunde Ernährung. Die zentrale Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diesen Umbau sozial gerecht und solidarisch zu organisieren. Sonst kann er auch nicht zum Erfolg führen.

Städte, von denen in der Geschichte der republikanische Geist ausging, müssen als Gegengewicht zur Globalisierung auch heute mehr an Freiheit, Gleichheit und Solidarität verwirklichen. Die Zukunft wird ein Jahrhundert der Städte werden, denn Mitte des neuen Jahrhunderts werden rund 6,5 Milliarden Menschen in Metropolen leben. Die Gestaltung der Städte wird über den sozial-ökologischen Umbau entscheiden.

Klimaschutz, die Begrenzung der globalen Erderwärmung unter zwei Grad Celsius wird nur möglich, wenn es schnell zu einer „Dekarbonisierung“ kommt. Kohlendioxid ist das Treibhausgas, das am weitesten zum anthropogenen Klimawandel beiträgt.

Verkehrswende, durch einen Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme, der Zurückdrängung der autogerechten Stadt und eine gerechte Besteuerung der Verkehrsmittel.

Raus aus den Agrarfabriken hin zu einer bäuerlichen Landwirtschaft durch eine naturnahe Bewirtschaftung und die Ausrichtung auf biologisch wertvolle Lebensmittel. Das muss verbunden sein mit einer Verbesserung der sozialen Lage der Landarbeiter.

6. Strategien der Gleichheit

Das 21. Jahrhundert ist im Begriff zum Jahrhundert der Ungleichheit und der Unsicherheit zu werden, wenn Politik das Blatt nicht beizeiten durch energisches Gegensteuern wendet. Weltweit, besonders auch in Deutschland, werden die Reichen reicher und die Armen ärmer, die Mittelklasse schrumpft und ihre Lage wird unsicherer. In fast allen europäischen Ländern nahm die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den letzten 30 Jahren erheblich zu. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnete sich sowohl in wirtschaftlich schlechten als auch in guten Zeiten. Vielerorts erreichen die Einkommens- und Vermögensunterschiede inzwischen ein historisches Rekordniveau. Armutslöhne, unsichere Arbeitsverträge, steigende Mieten und eine sinkende Absicherung der großen Lebensrisiken haben die Arbeits- und Lebensverhältnisse von Millionen Europäern verschlechtert.

Ungleichheit ist die Krankheit der Demokratie und der Weltgesellschaft. Sie ist heute innerhalb der meisten Länder, der reichen wie der armen, aber trotz einer gewissen Abschwächung auch weiterhin zwischen den armen und den reichen Ländern so weit vorangeschritten, dass sie wachsende Teile der Gesellschaften in ihren Selbstentfaltungschancen erheblich beschränkt und ihrem Gemeinwesen entfremdet. In den ärmsten Ländern verhindert sie ein menschenwürdiges Leben, oft das Überleben selbst. In den reichen Ländern des Nordens höhlt sie den demokratischen Rechtsstaat aus, schwächt die Bereitschaft zu Mitmenschlichkeit und Solidarität. In vielen der ärmeren Länder führt sie zum Zerfall der Gesellschaften in ausbeuterische Eliten ohne soziale und demokratische Verantwortungsbereitschaft an der Spitze und zu Armut, Elend, Bildungsmangel und Erniedrigung am unteren Ende der sozialen Pyramide. Das Scheitern und der

Zerfall der Staaten, Bürgerkriegen die Zerstörung jeder Sozialkultur sind häufig die Folgen. Sie setzen immer wieder umfassende Flüchtlingsbewegungen in Gang, überwiegend innerhalb der betroffenen Regionen selbst, zunehmend aber auch zwischen dem globalen Süden und dem Norden. Große Ungleichheit schadet der Gesundheit, senkt die Bildungschancen, erhöht die Kriminalität und verringert die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft. Doch damit nicht genug: Mehr Ungleichheit ist auch schlecht für die Wirtschaft. Die OECD schätzt, dass die Industrieländer zwischen 1990 und 2010 durch die steigende Ungleichheit insgesamt fünf Prozentpunkte Wachstum verloren haben.

Die Ursachen der steigenden Ungleichheit sind umstritten. Aus wirtschaftsliberaler Sicht ist die fortschreitende soziale Spaltung zwangsläufiges Ergebnis des wirtschaftlichen Wandels: Der technische Fortschritt und die Globalisierung hätten zu einer steigenden Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften geführt. Folglich stiegen deren Einkommen. Gleichzeitig fanden gering qualifizierte Beschäftigte kaum noch Arbeit und ihre Einkommen schrumpften. In der Praxis überzeugt dieser Erklärungsansatz jedoch nicht. Während alle europäischen Länder vom technischen Fortschritt und der Globalisierung gleich betroffen waren, stieg die Ungleichheit unterschiedlich stark. Unbestritten hat die erweiterte internationale Arbeitsteilung die Verhandlungs- und Durchsetzungsmacht der Kapitaleigentümer und des Managements gestärkt. Gleichzeitig erhöhte die Herrschaft der Finanzmärkte den Renditedruck und verschärfte die Umverteilung zugunsten der Spitzenverdiener. Unbestritten ist auch der massive Umbau der Arbeitswelt im digitalen Zeitalter. Hinzu kommt, dass der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft in vielen europäischen Ländern mit unsicherer Beschäftigung und Armutslöhnen gepflastert war. Die Auswirkungen dieses ökonomischen Strukturwandels auf die Einkommensverteilung sind jedoch abhängig von seiner politischen Gestaltung.

Politik macht den Unterschied. Im Mittelpunkt steht dabei das Regelwerk des Arbeitsmarkts. Sie beeinflussen maßgeblich die Aufteilung des Einkommenskuchens. In der ersten Runde der Einkommensverteilung, der so genannten Primärverteilung, streiten die Beschäftigten mit den Arbeitgebern über die Größe ihres Kuchenstücks. Die Verhandlungsposition der Beschäftigten wird von der wirtschaftlichen Lage, der Struktur der Beschäftigung, dem

Arbeitsrecht sowie der Wirkung des Sozialstaats bestimmt. So verbessern beispielsweise Mindestlöhne, eine hohe Tarifbindung, viele reguläre Jobs, einen guten Kündigungsschutz und hohe Lohnersatzleistungen die Verwertungsbedingungen der „Ware“ Arbeitskraft. Was Gewerkschaften heute aushandeln, kommt aber bei immer weniger Beschäftigten an. Seit Anfang der 90er Jahre sank die Tarifbindung in den meisten Branchen; besonders stark im Binnenmarktsektor. Gleichzeitig wurde die Lohnfindung in den Branchen, die noch über funktionierende überbetriebliche Arbeitsbeziehungen verfügen stärker in die Betriebe verlagert. Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverträgen und in den neuen Dienstleistungsbranchen sind schwieriger organisierbar. Folglich verloren die Gewerkschaften viele Mitglieder, ihr Organisationsgrad schrumpfte. Kurzum: Die Kräfteverhältnisse auf den Arbeitsmärkten verschoben sich zugunsten der Arbeitgeber. Die geschwächte gewerkschaftliche Verhandlungsposition hinterließ große Spuren in der primären Einkommensverteilung. Die Lohnquoten – Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen – gingen auf Talfahrt. Gleichzeitig öffnete sich die Schere bei den Markteinkommen.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts stieg die Ungleichheit der Markteinkommen am schnellsten in Deutschland, gefolgt von Italien. Selbst Länder, die ein starkes Jobwachstum hatten, konnten sich diesem Ungleichheitstrend nicht entziehen. Die Umverteilung vorhandener Arbeit zu prekären Bedingungen stärkt nicht die Marktmacht der Beschäftigten. Deswegen wächst im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts bislang die Ungleichheit trotz steigender Beschäftigung. Doch damit nicht genug. Die geschwächten Gewerkschaften verloren auch an politischem Einfluss. Folglich konnten sie Leistungskürzungen bei Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Rente sowie eine umfangreiche steuerpolitische Reichtumpflege nicht mehr verhindern. Dieser neoliberale Ab- und Umbau des Sozialstaats ist dafür verantwortlich, dass die Steuer- und Transfersysteme vieler europäischer Staaten mit den Herausforderungen steigender Ungleichheit nicht mehr Schritt halten. Die umverteilende Wirkung des Sozialstaates hat deutlich nachgelassen und ebenso das erreichte Maß sozialer Sicherheit.

Der jüngste Anstieg der Ungleichheit in den Industrieländern geht im Kern auf die politische Entwertung und Entgrenzung der Arbeit zurück. Europaweit führten die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Umbau der sozialen

Sicherungssysteme zu einem starken Zuwachs prekärer Jobs. Mehr als die Hälfte des Jobwachstums zwischen 1995 und 2007 beruhte auf Zeitarbeitsplätzen, Teilzeitjobs, geringfügigen und befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Werkverträgen und Soloselbständigkeit. Zwischen Paris und Lissabon ist heute jeder dritte Arbeitsplatz atypisch. Das Lohnniveau entgrenzter Arbeit liegt deutlich unter der Entlohnung regulärer Beschäftigung. Die Erosion regulärer Arbeitsverhältnisse unterhöhlte das Tarifsysteem und schwächte die Gewerkschaften.

Die Soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts bedarf einer langfristig und global angelegten Politik zum wirksamen Abbau der bestehenden Ungleichheiten. Diese ergibt sich aus einer Kombination von fünf parallel voranzutreibenden politischen Strategien:

Erstens: Die dauerhafte Verbesserung der Primärverteilung innerhalb der einzelnen Länder.

Zweitens: Die Gewährleistung eines hohen Niveaus von Sockelgleichheit durch einen rechtlich gesicherten inklusiven Sozialstaat und die von den sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten verlangten öffentlichen Güter.

Drittens: Eine nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit umverteilenden Steuerpolitik.

Viertens: Die politische geförderte Begrenzung der Spitzeneinkommen der Topmanager in den Großen Aktiengesellschaften.

Fünftens: Im globalen Rahmen die schrittweise Verwirklichung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen, der universellen sozialen Grundrechte und einer auf sie bezogenen Korrektur der transnationalen Handelspolitik.

Strategie mehr Gleichheit der primären Einkommensverteilung

Für eine durchgreifende Überwindung des erreichten bedrohlichen Maßes gesellschaftlicher Ungleichheit kommt es zunächst auf die wirkungsvolle Veränderung der Primärverteilung der Einkommen an. Die Voraussetzung dafür ist eine Neuordnung des Arbeitsmarkts. Die Tarifsysteme müssen gestärkt, Mindestlöhne – dort, wo es sie gibt – erhöht, prekäre Jobs durch reguläre Beschäftigung ersetzt sowie der Erwerbsarbeitszwang abgeschwächt werden.

Strategie Sockelgleichheit

Die Leistungen eines auf den sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten beruhenden Sozialstaats mit seinen Versicherungsleistungen und allgemein zugänglichen öffentlichen Gütern, schaffen bei einer inklusionsichernden Ausstattung ein relatives hohes Maß an gesellschaftlicher Gleichheit der Chancen zu einem selbstbestimmten Leben, das jedem Menschen gewährleistet wird. Dazu gehören insbesondere der freie Schul- und Vorschulbesuch, eine soziale Einkommensgarantie, wenn bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit kein angemessenes Erwerbseinkommen erzielt werden kann, auskömmliche, armutsfeste Renten, garantierte Gesundheitsversorgung, Hilfen bei der Finanzierung eines angemessenen Wohnraums, Mindestlöhne und angemessenes Einkommen. Ein hohes Maß an gesellschaftlicher Sockelgleichheit in diesem Sinne durch einen inklusionsichernden Sozialstaat, der möglichst weitgehend durch Steuern mitfinanziert wird, ist besonders wirksame Gleichheitspolitik, weil sie unmittelbar die grundlegenden Lebenschancen jedes einzelnen Menschen betrifft.

Strategie gerechtere Steuerpolitik

Neben der gerechteren Primärverteilung ist eine auf die deutliche Verringerung der bestehenden Ungleichheit der Einkommen und Vermögen gerichtete Steuerpolitik eines der wirksamsten Instrumente. Dazu gehören in erster Linie die höhere Besteuerung der hohen und Spitzeneinkommen und die Besteuerung der großen Vermögen. Sie muss vor allem auch die wirksame Besteuerung größerer Erbschaften umfassen, bei denen es sich ja um eine gänzlich unverdiente Art des individuellen Einkommens handelt, die große Ungleichheiten von Generation zu Generation verfestigt und vermehrt. Solange das Bildungssystem die

Chancengleichheit nicht durchgreifend gewährleistet und der gesellschaftliche Aufstieg weitgehend blockiert bleibt, verdoppelt und verfestigt sie die bestehenden Ungleichheiten auf unerträglich Weise, denn sie ermöglicht den Sprösslingen der reichen Familien zunächst einen privilegierten Start im Bildungssystem und wirft ihnen später dann auch noch den von ihnen unverdienten Reichtum ihrer Familien in den Schoß.

Strategie Begrenzung der Managereinkommen

Die politisch geforderte Begrenzung der Spitzeneinkommen der Topmanager in den großen Aktiengesellschaften, vor allem im Industrie- und Bankenbereich, ist real und symbolisch von großer Bedeutung, denn sie bringt die tatsächlich gegebenen, teilweise absurd anmutenden, überwiegend allein durch Macht und Privilegien begründeten gigantischen Ungleichheiten in diesem gesellschaftlichen Schlüsselbereich auf provozierende Weise zum Ausdruck. In Frage kommt die Begrenzung des steuerlich absetzungsfähigen Maximaleinkommens und/oder die Festlegung einer zulässigen Maximalrelation zwischen dem Durchschnittseinkommen der Belegschaften eines Unternehmens und den Spitzeneinkommen, einschließlich der Altersversorgung.

Strategie globale Gerechtigkeit

Die wirksamste Politik für einen Abbau der globalen Ungleichheit, die vor allem auch den Armen und Ärmsten in den Ländern des Südens zugutekommt, ergibt sich aus der Verbindung einer globalen Strategie zur Durchsetzung der sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte in allen Ländern der Welt unter aktiver und großzügiger Mithilfe der reichen Länder mit einer fairen Welthandelspolitik. Sie kann eine dem Entwicklungsniveau der einzelnen Länder dynamisch angepasste Sockelgleichheit schaffen, die gleichermaßen Garantien für ein menschenwürdiges und selbstbestimmtes Leben aller schafft und die Entwicklung jedes Landes erheblich verbessert.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sind die Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN. Schon kurzfristig es müssen die Versprechen eingelöst werden:

- dass alle Menschen ein Leben frei von extremer Armut, von Hunger, extremer Ungleichheit und der Bedrohung durch den menschengemachten Klimawandel führen können;

- dass alle Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und nachhaltiger Energie haben;
- dass die Diskriminierung von Frauen beendet wird;
- dass Krankheiten wie HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose wirksam überwunden werden.

Diese Ziele sind universell gültig und binden deshalb auch die Industrie- und Schwellenländer. Die elementare Voraussetzung einer zukunftsfähigen Globalisierung ist die Bereitstellung öffentlicher Güter insbesondere der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung und öffentliche Sicherheit). Denn von dieser hängt die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ab und damit die Friedensfähigkeit von Gesellschaften und Staaten. Daher bedarf es jetzt sofort, sowohl national als auch global, wirksamer Überprüfungsmechanismen unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und vor allem einer nachhaltigen Finanzierung. Dafür müssen die Industrieländer Stufenpläne zur Erreichung des 0,7-Zieles festlegen und notfalls gesetzlich fixieren. Die Finanztransaktionssteuer muss zu diesem Zweck als eine Steuer gegen Armut eingesetzt werden, als die sie immer gedacht war.

In jedem Land sollen die Einkommen der unteren 40 Prozent bis 2030 stärker ansteigen als das Durchschnittseinkommen. Für die Industrieländer bedeutet das auch, die Regeln der internationalen Finanzinstitute und Bewertungsstandards auf ihre Übereinstimmung mit den Nachhaltigkeitsentwicklungszielen zu überprüfen und einen „Kohärenzcheck“ aller Politikfelder zu veranlassen. Inzwischen muss den Industrieländern bewusst sein, dass sie die ökologischen und sozialen Nebenfolgen ihres Wachstumsmodells nicht mehr in andere Regionen der Welt auslagern können. Andernfalls wird die Welt in Zukunft Krisen erleben, die das Flüchtlingselend noch dramatisch vergrößern werden.

7. Wirtschaftsmacht demokratische kontrollieren

Die Rückschläge und Rückschritte der Sozialen Demokratie, speziell auch im Hinblick auf die Rückentwicklung der Kontrolle wirtschaftlicher Macht und der Regulierung der Märkte, sprechen für die Deutung von Karl Polanyi, dem zufolge der soziale Fortschritt sich als Pendelbewegung zwischen Perioden der sozialen

Eindämmung und solchen der erneuten Expansion des Kapitalismus vollzieht. In Zeiten der sozialen Zählung und Einbindung der Wirtschaftsmacht, organisiert diese oft Gegenmacht, um in der täglichen Praxis möglichst viel von dem an die Gesellschaft verlorenen Terrain zurückzugewinnen, bis die Schmerzgrenze erreicht ist, an der die gesellschaftlichen Energien zur Erneuerung der sozialen und demokratischen Eindämmung von Märkten und Wirtschaftsmacht wieder die Oberhand gewinnen. Dieser Moment des Umschlags war spätestens mit der Weltfinanzmarktkrise 2008 erreicht.

Der entscheidende Einfluss der unterregulierten Finanzmärkte über die wirtschaftliche Entwicklung und die politischen Handlungsspielräume ist seither aber noch nicht entscheidend gebrochen worden, die soziale Marktwirtschaft wurde erheblich demontiert und von einem leistungsfremden „Patrimonial-Kapitalismus“ (T. Picketty) bzw. „Feudalkapitalismus“ (S. Neckel) abgelöst. Zentrale, vordem schon verwirklichte Elemente der Demokratisierung der Wirtschaft sind noch immer geschwächt. Dazu zählen die vereinte Koordination der wirtschaftlichen Entwicklung durch Staat, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, die Kontrolle des Unternehmensmanagement durch mehrere der von seinen Entscheidungen betroffenen Interessen (Stakeholder), die flächendeckende Tarifpartnerschaft mit starken Gewerkschaften und die Marktregulation. Im Finanzmarkt getriebenen Shareholder-Kapitalismus steuert eine selbst- rekrutierende Führungskaste einen beträchtlichen Teil der wirtschaftlichen Entwicklung und genehmigt sich Luxuseinkommen ohne realen Leistungsbezug. Gleichzeitig sind für rund ein Drittel der Arbeiter und Angestellten die Jobs und Lebenslagen immer prekärer geworden und ihre Arbeitseinkommen stagnieren oder sinken. Im Kern dieser Struktur entsteht eine ungesunde Dynamik mit vielen problematischen Folgen, von der Kurzfristorientierung der Investitionsentscheidungen, über die Einengungen des Blickfelds im Unternehmen auf die Shareholderinteressen bis hin zur wuchernden Ungleichheit, der fortwährenden Widerlegung der Leistungsnorm und einer die Sozialkultur des ganzen Landes verderbenden Enthemmung von Teilen der Eliten. Eine neue strategische Reformpolitik muss im Kern dieser Dynamik ansetzen und von dort aus die neu entstandenen Tendenzen zu Klassengesellschaft und Feudalkapitalismus überwinden, vor allem mittels Stärkung der Wirtschaftsdemokratie.

Die Demokratisierung der Arbeitswelt und der Entscheidungszentren der Wirtschaft steht im Mittelpunkt einer demokratischeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Mehr Demokratie im Betrieb erfordert zunächst einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung. Die betriebliche Mitbestimmung muss u.a. auf wirtschaftliche Angelegenheiten, Qualifizierung, Arbeitsgestaltung und Arbeitszeit ausgeweitet werden. Die Gestaltungsmöglichkeiten europäischer Betriebsräte müssen gestärkt werden. In allen größeren privaten und öffentlichen Unternehmen sollte eine effektive Unternehmensmitbestimmung – unabhängig von der Rechtsform – verankert werden. Wirtschaftsdemokratie geht aber über die Arbeitswelt hinaus. In einer komplexen arbeitsteiligen Volkswirtschaft reicht es nicht aus, wenn die Demokratie die Betriebe erreicht. Einzel- und gesamtwirtschaftliche Interessen fallen häufig auseinander. Deswegen müssen die betrieblichen und gesellschaftlichen Entscheidungen aufeinander abgestimmt werden. Diese notwendige Koordination sollte so weit wie möglich demokratisch gestaltet und nicht anonymen Marktkräften überlassen werden. Hier sind Verfahren repräsentativer Demokratie weitgehend alternativlos. Dabei geht es zunächst um Fragen der staatlichen Regulierung sowie der demokratischen Steuerung und Planung wirtschaftlicher Prozesse über die Beteiligung kollektiver Akteure (Gewerkschaften, Verbände).

Hier spielt auch die Eigentumsfrage eine wichtige Rolle. Privateigentum und Markt können schöpferische Kräfte wirken lassen. Allerdings widerspricht ein allein von Preissignalen und damit von Einkommens- und Vermögensverhältnissen gesteuertes Marktsystem dem grundlegenden demokratischen Anspruch. Dort, wo Märkte, Wettbewerb und Privateigentum nicht oder nur mangelhaft ihren Wohlfahrtszweck erfüllen, müssen sie durch andere Eigentumsformen und Verfahren ersetzt werden. Öffentliche Güter müssen für jeden zugänglich sein, unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten. Hierfür bedarf es eines gemeinwohlorientierten öffentlichen Sektors. Öffentliche Unternehmen sind ein wichtiges Instrument, um diesen Gemeinwohlauftrag zu erfüllen. Auch die natürlichen Monopole – insbesondere Netzwerkindustrien, deren Dienstleistungen ausschließlich auf der Grundlage diverser Infrastrukturen geleistet und erbracht werden können (Energiewirtschaft, Bahn, etc.) – sollten durch die öffentliche Hand gesteuert

werden. Zudem können staatliche Unternehmensbeteiligungen die einzelwirtschaftliche Verwertungslogik um dienstleistungs- und industriepolitische Ziele erweitern.

Öffentliches Eigentum allein bietet aber noch keine Garantie, dass die Unternehmenspolitik auch am gesellschaftlichen Bedarf ausgerichtet wird. Deswegen bedarf es einer demokratischen und effizienten Steuerung sowie Kontrolle öffentlichen Eigentums. Neben öffentlichem Eigentum können weitere Eigentumsformen jenseits des Privateigentums einen Beitrag zu Wirtschaftsdemokratie leisten. Im Sinne einer solidarischen Ökonomie könnten dies insbesondere die Genossenschaften sein. Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung entscheidet maßgeblich über unsere Lebens- und Entwicklungschancen. Mit Hilfe makroökonomischer Politik (Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik) können wirtschaftliche Krisen besser abgefedert und schneller überwunden werden. So können wirtschaftliche Dynamik und hohe Beschäftigung dauerhaft gesichert werden. Die gesamtwirtschaftliche Steuerung ist somit zentraler Bestandteil der wirtschaftsdemokratischen Konzeption. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie die Institutionen gesamtwirtschaftlicher Steuerung beschaffen sein müssen, um eine demokratische Verständigung über wirtschaftspolitische Ziele und Instrumente zu ermöglichen.

Die Europäische Union braucht eine demokratisch gewählte Europäische Wirtschaftsregierung. Diese könnte künftig eine europäische Fiskal- und Konjunkturpolitik machen. Mit Hilfe eines europäischen Investitionsprogramms (Marshallplan) könnte die aktuelle Wachstumsschwäche überwunden werden. Ferner sollte sich die europäische Sozialdemokratie für eine gemeinschaftliche Schuldenpolitik stark machen. So würde die Zinslast der Krisenländer sinken und sie wären nicht mehr durch die Finanzmärkte erpressbar. Durch so genannte Eurobonds könnte ein gemeinsamer Wirtschaftsaufschwung in der EU gefördert werden. Auch die Haushaltsdefizite und Altschulden aller Mitgliedsstaaten bedürfen einer gemeinschaftlichen Regelung.

Für die europaweite Begrenzung wirtschaftlicher Macht bedarf die EU vor allem der Umgestaltung zu einer wirklichen Sozialunion. Die nationalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitiken, die nationalen Lohn- und Einkommenspolitiken

sowie die nationalen Sozialpolitiken brauchen eine effektive europäische Koordination. So könnten beispielweise europäische Regeln für gute Arbeit, für Mindestlöhne und Mindesteinkommen vereinbart werden. Eine Stärkung der nationalen Tarifsysteme würde es den Gewerkschaften ermöglichen, ihre nationalen Lohnpolitiken europäisch zu koordinieren. Bei der sozialen Sicherheit sollte künftig die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten gekoppelt werden. Das kann Sozialdumping wirksam verhindern. Vor allem bedürfen die Finanzmärkte einer stärkeren Regulierung, das umfasst die Großbanken, die Schattenbanken und ein europäisches Zulassungsverfahren für Finanzprodukte (Finanz-TÜV) sowie die europaweite Bekämpfung von Steuervermeidung und -hinterziehung.

Für die demokratische Einbettung der globalisierten *Gütermärkte* ergeben sich vor allem drei Herausforderungen:

Erstens: Die Regeln des Welthandels, wie sie im WTO-Regime niedergelegt sind, müssen von den verbliebenen Handelshemmnissen beseitigt werden, die vor allem Entwicklungsländer benachteiligen.

Zweitens: Die Normen für menschenwürdige Arbeitsverhältnisse der ILO müssen weltweit durchgesetzt werden, u.a. indem Produkte, die im Einklang mit ihnen hergestellt worden sind, auf den Märkten ausgezeichnet werden.

Drittens: Über schon bestehende ökologische Regelungen weit hinausgehend muss zügig auf eine der WTO vergleichbares globales Regime zur Sicherung ökologischer Standards der Produktionen und Produkte hingearbeitet werden. Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls ist ein wichtiger Baustein für ein solches Gebäude.

Das größte aus der gegenwärtigen Art der ökonomischen Globalisierung entstehende Problem stellt die fehlende Regulierung der *Finanzmärkte* durch zuverlässige Formen transnationaler politischer Verantwortung und Kontrolle dar. Neuartige Instrumente der Absicherung von finanziellen Transaktionen gegen Anlage- und Währungsrisiken in Verbindung mit der Konzentration hoher Milliardenbeträge in der Hand einer überschaubaren Zahl von Investment- und Pensionsfonds haben das täglich an den internationalen Börsen flottierende Finanzkapital von den Handelsströmen losgelöst und in erheblichem Maße

verselbständigt. Plötzliche Entscheidungen über Engagement oder Rückzug, börsenüblich in der Form von Herdenverhalten und Überreaktion, können unter der Bedingung, unter der das Finanzvolumen der größten Fonds nicht hinter dem Bruttosozialprodukt kleiner Länder zurücksteht, über Nacht ganze Volkswirtschaften in die Krise stürzen, Kettenreaktionen in ganzen Ländergruppen auslösen und die betroffenen Länder weitgehend ihrer politischen Handlungsfähigkeit berauben. Die überwiegend libertäre Architektur des gegenwärtig bestehenden Weltfinanzmarktes ermöglicht die rasche Erlangung gigantischer privater Vorteile um den Preis desaströser Folgen für Wohlstand und Arbeitsplätze nicht nur in einzelnen, jeweils unmittelbar betroffenen Volkswirtschaften, sondern durch die Folgewirkungen in erheblichen Teilen der Weltwirtschaft insgesamt. Damit verbunden sind Verletzungen elementarer Grundrechte, sowohl der negativen Freiheitsrechte autonomer Selbstbestimmung in den wirtschaftlich schwächeren Ländern, aber insbesondere auch der positiven Freiheitsrechte, die auf die sozialen Voraussetzungen menschlicher Selbstbestimmung zielen, in allen Teilen der Welt.

Soziale Demokratie verlangt den Aufbau einer globalen Finanzarchitektur, deren Kontrollen und Einwirkungsmöglichkeiten eine hinlängliche Sicherung des Vorrangs von Demokratie sowie Grund- und Menschenrechten gegenüber den externen Effekten der integrierten Märkte gewährleisten, ohne deren Logik gänzlich außer Kraft zu setzen. In Wissenschaft und Politik hat der Vorschlag eine weitgehende Zustimmung gefunden, dass alle globalen Aktivitäten in diesem Handlungsbereich von einem neu einzurichtenden *UN-Sicherheitsrat für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten* koordiniert werden sollten, der alle auf diesem Gebiet tätigen Organisationen und Institutionen überwölbt und deren Handeln am Vorrang der Grundrechtsgeltung orientiert. Alle genannten Institutionen müssen im Sinne eines Weltbürgerrechts unter dem Dach der Vereinten Nationen kooperieren und dabei bei der Abwägung von Interessen eine letztinstanzliche Orientierung an den universalen Grundrechten gewährleisten. Ein Weltwirtschafts- und Sozialrat, der die Gesamtheit dieser Aktivitäten koordiniert, ist auch die geeignete Institution, um verbindliche Regeln für das Handeln transnationaler Konzerne in Entwicklungsländern in Kraft zu setzen und deren Einhaltung mit wirksamer Sanktionsgewalt zu gewährleisten.

8. Die Digitale Revolution gestalten

Die seit einigen Jahrzehnten in Gang befindliche digitale Revolution verändert die Gesellschaften weltweit tiefgreifend und in rasantem Tempo. Sie hat gravierende Auswirkungen auf nahezu alle Belange und Dimensionen der modernen Gesellschaft. Von der Arbeitswelt über die Lebenswelt, die Freizeitgestaltung und den öffentlichen Raum bis hin zu Politik und Privatsphäre pflügt sie die bestehenden Verhältnisse um und schafft neue Gegebenheiten, die in ihren Voraussetzungen und in ihren Konsequenzen für Arbeit, Gemeinwohl und Leben noch nicht angemessen verstanden, geschweige denn gestaltet und beherrscht werden. Sie übertrifft bei Weitem in ihrer ungestümen Macht und ihren durchdringenden Folgen der ersten industriellen Revolution, die die europäische Arbeiterbewegung als Gegenmacht hervorgebracht hat, die auf ihre humane Gestaltung drängte und diese im Verlaufe des 20. Jahrhunderts auch weitgehend durchsetzen konnte. Heute werden Strategien von einer winzigen Gruppe libertär gesonnener Mega-Unternehmer in den USA erdacht und durchgesetzt, die rechtsstaatliche und demokratische Begrenzungen ignorieren und handeln, als seien ihre überdimensionierten Gewinninteressen die wahren utopischen Leitbilder für die Zukunft der Menschheit.

Damit die unvorstellbaren Risiken dieser Entwicklung nicht überhandnehmen, aber ihren Chancen sozial verantwortlich genutzt werden können, bedarf es ebenso wie bei der ersten industriellen Revolution umfassender politischer Gestaltung und der Mobilisierung gesellschaftlicher Energien für deren Durchsetzung. Dies ist eine der größten Herausforderungen für die Soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts. Erst allmählich zeichnen sich die Konturen und Konsequenzen dieser Umwälzungen ab. Neben einer drastisch erhöhten Umschlaggeschwindigkeit von Waren- und Informationsströmen, einer zunehmenden Entmaterialisierung der Wertschöpfung und einem relativen Bedeutungsverlust geografisch eingegerter Institutionen wie der Nationalstaaten zeichnen sich neue soziale Muster und Praktiken, neue Formen der Bindung und Verbundenheit und neue Formen der Erwerbsarbeit ab.

Arbeit: Es ist offen, ob die Kombination aus Digitalisierung, Globalisierung und Robotisierung mehr Arbeitsplätze vernichten wird als neue entstehen. Unstrittig scheint allerdings, dass es zu einer weiteren Zuspitzung von Ungleichheiten

kommen wird, auch am Arbeitsmarkt. Die hochqualifizierten und -spezialisierten Arbeitnehmer werden tendenziell von der Digitalisierung profitieren, Niedrigqualifizierte verlieren.

Freiheit: Aus den exponentiell wachsenden Datenmassen über das Verhalten eines jeden Einzelnen ergeben sich neue Anforderungen an ein digitales Update des Freiheitsbegriffs. Freiheit bedarf neben vielem anderen auch der Autonomie darüber zu entscheiden, welche Informationen der Einzelne über sein Leben preisgibt und was mit diesen Informationen geschieht. Beides ist zurzeit nicht gegeben. Wir wissen weder vollständig, welche Daten über jeden Einzelnen vorliegen, noch genau, wo diese aggregiert und ausgewertet, noch im Detail, wie sie genutzt werden.

Gleichheit: Die Digitalisierung wirkt als Ungleichheitsverstärker. Erste Untersuchungen zur Verteilungswirkung der Digitalisierung zeigen deutlich, dass Armut und Reichtum gleichermaßen zunehmen werden. Und diese Wirkung geht über ökonomische Dimensionen hinaus. Mit immer ausgereifteren Techniken wird die Unterschiedlichkeit der Menschen sehr genau vermessen (Bewegungsmuster, Konsumverhalten, politische Präferenzen, Alter und Einkommen sowieso) und in Abhängigkeit davon entwickeln sich ihre Möglichkeitsspielräume.

Die Digitalisierung bietet aber auch erhebliche Chancen: Leistungsfähige Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Netzwerkinfrastrukturen eröffnen neue Möglichkeiten zur Realisierung von Produktivitäts- und Effizienzfortschritten sowie bei der Entwicklung und Nutzung innovativer Produkte und Dienstleistungen. Sie bieten die Chance, die Lebensqualität zu erhöhen und Nachhaltigkeit durch neue Formen der Energieeinsparung und der Vermeidung von Überproduktion dauerhaft in unseren Produktions- und Konsumtionsprozessen zu verankern. Digitale Anwendungen helfen auch bei der Bewältigung von steigenden Verkehrsmengen und den Folgen des demographischen Wandels, sie ermöglichen Kostensenkungen bei gleichzeitiger Qualitätssteigerung von Produkten und Dienstleistungen.

Die neuen Technologien fordern uns aber auch heraus, wenn es um die Verteilung des wachsenden Wohlstands, die Arbeitsplatzsubstitution, den

Datenschutz, die Sicherung demokratischer Beteiligungsrechte, die Bewahrung unserer Autonomie und den Schutz vor digitaler Überforderung geht. Die alltäglich und allgegenwärtig werdenden digitalen Maschinen verändern unsere Institutionen und unsere sozialen Praktiken und eröffnen neue, noch nicht vermessene und nicht verrechtlichte Dimensionen des Handelns. Bislang nicht bekannte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung stehen unverbunden neben einer in der Vergangenheit ebenfalls nicht vorhersehbaren Schutzbedürftigkeit des Individuums vor digitaler Überforderung, sozialer Stigmatisierung und der Beraubung seines geistigen Eigentums und seiner Privatsphäre durch datenhungrige Internetkonzerne.

Macht gewinnen heute diejenigen – von Google bis zur NSA – die über die meisten Daten, die besten Algorithmen und die leistungsstärksten Computer verfügen. Die Auswirkungen der Digitalisierung für unsere Gesellschaft und Demokratie werden erst nach und nach sichtbar. Schon jetzt zeigt sich allerdings eine deutliche Machtverschiebung weg von klassischen, territorial abgegrenzten Einheiten hin zu wenigen, großen, transnationalen Konzernen. Wirtschaftlich können wir mit einer „Automatisierungsdividende“ aus der weiteren Digitalisierung der Industrieproduktion sowie der Entstehung neuer digitaler Dienstleistungen rechnen. Der gesamtgesellschaftliche Reichtum nimmt aller Voraussicht nach zu. Gleichzeitig sinkt die Zahl derjenigen, die unmittelbar von diesem Produktivitätsanstieg profitieren, denn einerseits nimmt die Zahl der in den hoch automatisierten Betrieben Beschäftigten tendenziell ab und andererseits wird der größere Teil des ökonomischen Ertrags einer digitalisierten Wirtschaft auf einige Branchen der Export- und Digitalwirtschaft entfallen. Diese aber werden nur für eine relativ kleine Zahl von Beschäftigteneliten Arbeitsplätze bereitstellen. Insofern droht hier die Gefahr einer Zweiteilung des Einkommensgefüges der Lohnarbeit: Immer höhere Löhne im Bereich der hoch konkurrenzfähigen Weltmarktindustrien, die sich von der normalen Einkommensentwicklung im Land abkoppeln. Digitalisierung bedeutet also auch neue Verteilungsfragen: Wozu soll die Automatisierungsdividende eingesetzt werden? Wie verhindern wir eine weitere Ungleichheit der Einkommen? Und wie können wir Wohlstandszugewinne so verteilen, dass sie unsere Gesellschaft – etwa durch eine Stärkung der sozialen Berufe – lebenswerter machen? Wir wollen, dass aus der Digitalisierung als technische Innovation auch eine soziale

Innovation wird, dass die Kommunikationsrevolution sich auch positiv auf unser Zusammenleben und die Art und Weise, wie wir als Gesellschaft über alle betreffenden Dinge kommunizieren, auswirkt.

Die Digitalisierung fügt den uns bekannten Räumen des Handelns eine komplett neue Sphäre hinzu: den virtuellen Raum, in dem Menschen beruflich und privat immer größere Teile ihrer Zeit verbringen. Dieser Raum ist eng verwoben mit der realen Welt, hat aber völlig neue Qualitäten. Die Digitalisierung wird von Menschen gemacht und kann daher auch von Menschen gestaltet werden. Staatlichen Akteuren kommt eine janusköpfige Rolle bei Fragen der freien Gesellschaft zu. Einerseits sind sie es, die die Überwachung in einem Maß forciert haben, welches sich selbst George Orwell kaum hätte ausdenken können. Andererseits sind es allein die demokratisch-staatlichen Institutionen, die Rahmenbedingungen für die digitalisierte Gesellschaft aushandeln und durchsetzen können. Angesichts der Reichweite dieser Fragen ist klar, dass es dabei auf transnationales Handeln ankommt. Die europäische Ebene kann eine besonders wichtige Rolle spielen, wenn sie den Handlungsbedarf in diesem Bereich erkennt und konsequent realisiert. Handlungsfelder sind hier neben der Europäischen Datenschutzgrundverordnung vor allem überfällige Maßnahmen, um die Internet-Konzerne aus dem Silicon Valley zumindest bei ihren europäischen Aktivitäten auch europäischem Recht zu unterwerfen.

Im Hinblick auf die privatwirtschaftlichen Konzerne geht es um die Kontrolle der technischen Infrastruktur selbst. Wichtige europäische Datenleitungen sind im Besitz britischer und amerikanischer Unternehmen, auf die wiederum von den Geheimdiensten der jeweiligen Länder zugegriffen wird. Um zu verhindern, dass „die wichtigste Branche des 21. Jahrhunderts einer Handvoll internationaler Großkonzerne“ ausgeliefert wird (P. Glotz), müssen die entscheidenden Datenleitungen als öffentliche Güter organisiert werden. Dadurch wird auch echte Netzneutralität gewährleistet. Entscheidend allerdings wird der Umgang mit den „Rohstoffen des 21. Jahrhunderts“, den Daten, sein. Auch herrschen gegenwärtig problematische Datenmonopole einiger weniger Großkonzerne wie Amazon, Facebook und Google. Es ist das natürliche Interesse dieser Konzerne, zur Steigerung ihres Profits immer mehr Daten zu nutzen, zu kombinieren und zu

vermarkten. Im Interesse einer freien Gesellschaft müssen diese Monopole daher der demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Das Problem des transnationalen Datenschutzes bedarf im Interesse des Rechts der informationellen Selbstbestimmung einer verbindlichen Regelung. Konzerne wie Google erkennen den europäischen Datenschutzstandard nur widerwillig an und müssen von Gerichten zum Einhalten elementarer Normen gezwungen werden. Einige Konzerne gehen sogar davon aus, dass die demokratischen Regelwerke der Nationalstaaten nicht für sie gelten. Die von einigen Großkonzernen, die weltumspannend agieren und sich die für sie günstigste Rechtslage herauspicken, mit Erfolg praktizierte Mischung aus Digitalisierung, Globalisierung und dreister Grenzüberschreitung, bestärkt sie heute in ihrer Verantwortungslosigkeit.

Die gewaltigen, ganz ungelösten Probleme von Big Data berühren die Grundwerte der Sozialen Demokratie zentral: Können Menschen die Kontrolle über ihr Leben und ihre Gesellschaft noch ausüben, wenn Daten regieren? Der Idee der Sozialisierung der Daten, nach der diese verschlüsselt in einer allgemein zugänglichen Datenbank lagern, und der Handel mit ihnen verboten ist (E. Morozov), erscheint zukunftsweisend. Ein zeitgemäßer Datenschutz muss die Selbstbestimmung der Nutzer über die sie betreffenden Daten stärken. Das Recht auf Datensouveränität verlangt, dass jeder Mensch über die von ihm verursachten Daten auch selbst verfügen kann. Auch im Hinblick auf die Arbeitswelt wird die digitale Entwicklung die schon vorhandenen Ungleichheiten verschärfen und die gesellschaftliche Polarisierung vorantreiben. Wenn einem Großteil der Mittelklasse ohne eigenes Verschulden Arbeitslosigkeit oder die Entwertung der eigenen Berufsbiografie droht, wird sich der politische Druck bedrohlich erhöhen. Die Machtverhältnisse von Kapital und Arbeit werden sich im digitalen Kapitalismus verändern. Jeder, der über ein Smartphone mit Internetzugang verfügt, kann sich und seine Arbeitskraft auf Plattformen anbieten. Meist lehnen Plattformbetreiber jede rechtliche oder soziale Verantwortung vollständig ab. Wenn eine wachsende Anzahl von Menschen auf diese Weise ihre Arbeitskraft vermarktet, entsteht eine gewaltige digitale Reservearmee, durch keine territorialen Grenzen beschränkt, weltweit und rund um die Uhr verfügbar. Da der Schutz dieser Arbeitnehmer durch nationales Recht

kaum greift und die gewerkschaftliche Organisation der Click- und Crowd-Worker höchst schwierig ist, steht die soziale Arbeitspolitik hier vor einer historisch neuen Herausforderung.

Transnationalisierung, Entbetrieblichung, Diversifizierung und die Zunahme der Freischaffenden, die Verteilung der Arbeit, die Sicherung der Wirksamkeit und der Finanzierung des Sozialstaats, die Organisation der gesellschaftlichen Solidarität und ihre Institutionalisierung müssen in Zeiten der Digitalisierung neu gedacht werden: Eine Herausforderung des 21. Jahrhunderts, vergleichbar nur mit der Gründung des Sozialstaats als Antwort der Sozialen Demokratie auf die erste industrielle Revolution im 20. Jahrhundert. Aufs Neue müssen die wirksamsten Wege für die Verwirklichung der sozialen Grundrechte in der Praxis gefunden werden. Wer sonst könnte dieser Aufgabe gewachsen sein als die Kräfte der Sozialen Demokratie?

9. Globale Gerechtigkeit und Kooperation

Was der Bericht der Brandt-Kommission von 1980 schon sorgfältig und eindringlich begründet hat, offenbart sich in unseren Tagen vor allem durch die Flüchtlingsströme und in anderer Weise auch durch den wachsenden Terrorismus als eine grundlegende Wahrheit, die nur um den Preis der Selbstzerstörung weiterhin ignoriert werden kann: ohne ein überzeugendes Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit werden auch die reichen Länder weder Stabilität, noch ihren Wohlstand sichern können. Dies ist zwar eine Aufgabe für die Weltgesellschaft im Ganzen, in erster Linie aber der reichen Länder. Diese Erkenntnis darf nicht zur Ausrede für einzelne Länder oder gar für die Europäische Union werden, wenn sie wie bisher das Notwendige und Mögliche zur Erreichung dieses elementaren Ziels nicht entschieden vorantreiben. Dazu gehört eine faire Handelspolitik, die den eigenen Spielraum der ärmeren Länder für Entwicklung nicht länger verengt. Die korrupten Eliten und räuberischen Clans, die vielerorts ihre Länder ausrauben, können, sofern sie nicht flagrante Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen, von außen oft nur indirekt bekämpft werden. Krasses Staatsversagen, Armut, Not, Repression, Lebensgefahr und dann Massenflucht, also globale Ungleichheit in ihrer schlimmsten Form, sind häufig die Folge von innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Macht, Anerkennung und Chancen. Aber erst eine Außenwelt, die teils aus Desinteresse, teils aus Eigennutz

nicht alles unternimmt, um Aggressoren den Zugang zu Waffen und Finanzen zu verwehren, sondern oft das Gegenteil bewirkt, verschärft solche fatalen Krisen und lässt sie zum Dauerzustand werden. Eine globale Gleichheitspolitik der Sozialdemokratie verlangt daher Einwirkung auf die eigene Regierung, damit diese in ihrer Entwicklungspolitik sowie beim Waffenhandel diese Zusammenhänge strikt beherzigt und in allen internationalen Institutionen und Organisationen massiv in diese Richtung wirkt. Das bisherige Versagen bei der konsequenten Durchsetzung dieser Ziele ist unter anderem auch eine der Hauptursachen der zunehmenden Flüchtlingsströme der Gegenwart.

Die Wahrung regionaler Sicherheitsinteressen durch die Tätigkeit regionaler Systeme kollektiver Sicherheit sollte in Zukunft Vorrang haben vor „Weltpolizei“-Einsätzen der USA oder von NATO und EU. Stattdessen können diese von Fall zu Fall Regionalorganisationen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe unterstützen. Ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrates wäre hier in jedem Fall anzustreben. Vor allem die wichtige Konfliktregion Ostasien ist durch das Fehlen eines effektiven Systems kollektiver Sicherheit geprägt. Bestenfalls beobachtet man dort eine Politik wechselnder Rückversicherungsbündnisse wie einst im Bismarck-Europa. Das fortgesetzte Wettrüsten verschärft die Spannungen. Deutschland und Europa haben aufgrund wirtschaftlicher Potentiale, aber auch angesichts der globalen Ansteckungsgefahr, die Konflikte bergen, ein klares Interesse daran, Institutionen und Mechanismen der Kooperation und friedlichen Konfliktbeilegung in dieser Region zu unterstützen.

Die Vereinten Nationen sind unverzichtbar als globale Institution, die auch die Interessen kleinerer, schwächerer Staaten vertreten kann, als Schützerin des Völkerrechts mit dem Auftrag, es weiter zu entwickeln, und als einzige Organisation mit der Zuständigkeit für globale Herausforderungen wie Klimaschutz, Armutsbekämpfung, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie müssen eine gerechte Weltordnung mit verlässlichen Regeln und Institutionen schaffen, die weltweit akzeptierter ist. In ihrer jetzigen Form bleiben sie hinter dieser Erfordernis weit zurück. Die Gründe hierfür sind vielfältig: die institutionellen Strukturen, die Machtverhältnisse festschreiben; die schwerfällige Entscheidungsfindung oder das Verhalten von Regierungen, die

häufig die globale Gemeinwohlorientierung dem kurzfristigen nationalen „Nutzen“ unterordnen.

Es ist dringend notwendig, dass Deutschland die bestehenden UN-Strukturen aktiver nutzt und sie damit stärkt. Es gilt aber auch, die Errungenschaften der internationalen Rechtsordnung auszubauen und der Verletzung universell vereinbarter Normen glaubwürdig entgegen zu treten. Ein Baustein kann der umfassende Sicherheitsbegriff der *Human Security* sein, der die Bedingungen für globale soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit einbezieht. Für die Aufwertung der normativen Kompetenz der Vereinten Nationen kann Deutschland mehr Verantwortung übernehmen. In einer multipolaren Mächtekonstellation ist es wichtiger denn je, die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und das Gewaltmonopol bei den Vereinten Nationen wieder herzustellen.

In der Gewichtung des Verhältnisses zwischen UN-Sicherheitsrat und Menschenrechtsrat ist es geboten, den Menschenrechtsrat und seine wichtige Arbeit weiter zu stärken und zu unterstützen. Durch die Verbindung seiner Arbeit mit der des Internationalen Strafgerichtshofs kann Druck ausgeübt werden, um ein weniger machtorientiertes und mehr rechtebasiertes Verhalten des UN-Sicherheitsrates zu erreichen. Die Beschlüsse des Menschenrechtsrates sollten auch für die deutsche internationale Politik wirksam gemacht werden. Dies gilt z.B. für den Beschluss zur menschenrechtsbezogenen Sorgfaltspflicht der Unternehmen. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Verantwortung der Unternehmen zur Einhaltung der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation und der Respektierung der Menschenrechte entlang der gesamten Produktions- und Lieferketten gesichert wird. Dazu effektiv beitragen kann eine „antagonistische Kooperation“ zwischen staatlicher Politik, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen, die sich auf an den Grundwerten orientierte grenzüberschreitende Regeln einigen und sie wirksam überwachen können. Ein Beispiel dafür ist die „Extractive Industries Transparency Initiative“, die Transparenzregeln im Rohstoffsektor festgelegt hat.

Der UN-Sicherheitsrat bedarf einer gründlichen Reform. Seine heutige Zusammensetzung entspricht nicht der Weltordnung des 21. Jahrhunderts. Alle Kontinente, auch Afrika und Lateinamerika, sollten im UN-Sicherheitsrat

vertreten sein, ebenso die Europäische Union. Vor allem darf der Sicherheitsrat in wesentlichen Fragen nicht durch die Vetomächte in seinen Entscheidungen blockiert werden. Zumindest sollte ein Übereinkommen über den Verzicht auf das Vetorecht im Falle eines drohenden Völkermordes geschlossen werden.

Die Vereinten Nationen verfügen, anders als in der Charta vorgesehen, nicht über eine eigenständige militärische Handlungsfähigkeit, so dass sie im Falle des notwendigen Einsatzes von Gewalt diese Aufgabe an handlungsbereite Mitgliedsländer delegieren müssen. Dabei besteht die Gefahr, dass sich als kollektive Friedenssicherung autorisierte Militäreinsätze in Kriege der intervenierenden Staaten verwandeln. Eine Möglichkeit, dies zu verhindern, besteht darin, der UN die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um eigene UN-Missionen durchführen zu können.

Die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der UN muss auch besonders bei sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fragen gestärkt werden. Ein wichtiger Ansatz dazu ist der Vorschlag der UN-Generalversammlung vom Juni 2009, ein „Panel on Systemic Risks“ zu schaffen, wie es die Stiglitz-Kommission 2008 gefordert hatte. Dieses Panel sollte in Analogie zum „Weltklima-Rat“, bestehend aus Experten und Expertinnen, die nicht dem marktradikalen Dogma huldigen, regelmäßige Berichte zur Situation der Finanzmärkte publizieren, als ein Frühwarnsystem für Finanzrisiken fungieren und Handlungsempfehlungen zur Regulierung der Finanzmärkte geben. Vor allem würde es dem UN-Generalsekretär und den UN-Institutionen in ökonomischen Fragen mehr Gewicht geben, denn die G20 repräsentieren ja nicht die „ganze Welt“. Dazu bedarf es ohne Zeitverzug global wirksamer Überprüfungsmechanismen unter aktiver Beteiligung der Zivilgesellschaft und vor allem einer nachhaltigen Finanzierung unter maßgeblicher Beteiligung der Industriestaaten.

Die aktuellen Entwicklungen und die neuen Anforderungen an die internationale Politik stellen uns vor Grundsatzfragen der internationalen Ordnung, des friedlichen Zusammenlebens und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie bieten den geeigneten Ausgangspunkt für tragfähige Antworten. Als verbindendes Element der europäischen politischen Kultur können sie auch die Rolle der EU in der Weltpolitik prägen. Auch in einer Welt der Interessen und der Interessenkonflikte können Grundwerte,

Menschenrechte, das Völkerrecht und die Regeln fairer Kooperation Wege für den Ausgleich und die Vermittlung von Interessen weisen. Die langjährigen und erfolgreichen Erfahrungen sozialdemokratischer Friedenspolitik sind ein nützlicher Wegweiser. Davon ausgehend, lassen sich Normen der Zusammenarbeit und der Ordnung formulieren, die im Interesse aller liegen. Grundwertorientierte internationale Politik ist darum keineswegs ein ohnmächtiger Versuch, weltfremde Ideale an die Stelle von Realitäten zu setzen. Sie ist vielmehr auf längere Sicht der realistischere Weg zu einer Weltordnung, die Bestand haben kann, weil sie allgemeine Zustimmung findet.

10. Migration und Integration

Flucht und Migration zählen im 21. Jahrhundert zu den wichtigsten Themen deutscher, europäischer und internationaler Politik. Beide Phänomene stellen die Sozialdemokratie mit ihren universellen Grundwerten vor grundsätzliche und teilweise ganz neue Fragen. Die Ursachen der weltweiten Fluchtbewegungen liegen in Kriegen und Bürgerkriegen, in politischer oder religiöser Unterdrückung, in der wachsenden globalen Ungleichheit, aber auch in Umweltzerstörung und dem Klimawandel mit seinen Folgen wie Dürren und Überflutungen. Hunger, wirtschaftliche Not, Bildungsnotstand und Perspektivlosigkeit veranlassen weltweit Millionen Menschen, aus ihrer Heimat zu fliehen. In jedem einzelnen Fall einer Flucht von Menschen geht es dabei um Freiheit und Sicherheit – um persönliche Freiheit, um Lebenschancen und um Freiheit vor Todesgefahr und großer Not. Es geht um Gerechtigkeit – um faire Teilhabe und Zugang zu Ressourcen. Und es geht um Solidarität – um das Prinzip füreinander einzustehen, wenn Leben und Freiheit bedroht sind. Diese Grundwerte gelten für Sozialdemokraten weltweit.

Angesichts der ungeheuren Not in aller Welt ist es offensichtlich, dass dauerhafte Hilfe im Sinne der Grundwerte der Sozialen Demokratie nur durch das Zusammenwirken aller dazu fähigen Länder und Akteure möglich wird. Je mehr Staaten sich an der notwendigen Hilfe beteiligen, desto größer und wirkungsvoller wird auch die Solidarität. Vorrangiges Ziel muss es sein, allen Menschen eine lebenswerte Existenz, menschliche Sicherheit und eine ermutigende Perspektive zu ermöglichen und dadurch nachhaltig Fluchtursachen wie blanke Not, Bürgerkriege oder diktatorische Regime zu bekämpfen, die globale Ungleichheit schrittweise zu verringern und bedürftigen Staaten wirtschaftlich auf die eigenen Beine zu helfen. Kurzfristig geht es heute und später für uns in erster Linie naturgemäß stets darum, denjenigen zu helfen, die als Flüchtlinge oder Asylsuchende Schutz in der Europäischen Union suchen. Für sie gilt das europäische Flüchtlings- und Asylrecht.

Es dürfen aber auch diejenigen nicht vergessen werden, die in ihrer Heimat bleiben, weil ihnen die Kraft oder die Mittel zur Flucht fehlen. Asylsuchende und Kriegsflüchtlinge haben einen grundgesetzlich und europarechtlich geschützten Anspruch auf persönlichen Schutz und auf rechtsgemäße Prüfung ihrer Anträge.

Für Migranten, die aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen nach Europa kommen wollen, benötigen wir klare Zuzugsregeln und Begrenzungen, die sich auch an unseren eigenen Interessen und Kapazitäten, vor allem aber auch an der Nachhaltigkeit unserer eigenen Fähigkeit zur Hilfe orientieren. Migranten ohne Aufenthaltsrecht müssen zügig in ihre Heimatländer zurückkehren, um die Freiräume für die Hilfe der wirklich Schutzbedürftigen offen zu halten. Da das Asylrecht in Europa ein Grundrecht ist, kann es für die Zahl von anerkannten Asylbewerbern (und Kriegsflüchtlingen) keine Obergrenzen geben. Umso wichtiger ist es, umfassende Konzepte für die schnelle Integration von Migranten zu entwickeln und praktisch umzusetzen. Offene Grenzen sind keine Flüchtlingspolitik. Ohne einen sinnvollen, in der Gesellschaft akzeptierten Plan gefährden sie vielmehr die zügige Integration der zum Bleiben Berechtigten. Um eine erfolgreiche Integration zu ermöglichen, muss die Zuwanderung sowohl räumlich als auch zahlenmäßig gesteuert werden.

Wenn ein Staat oder ein Staatenverbund wie die EU die Kontrolle über seine Grenzen verliert, büßt er auch einen Teil seiner Souveränität und seiner politischen Gestaltungsfähigkeit ein. Wenn die Aufnahme und Integration großer Zahlen von Flüchtlingen gelingen soll, bedarf es eines starken und handlungsfähigen Staates. Versagt der Staat hier, schwindet auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihn und die Bereitschaft vieler zur aktiven Mithilfe. Deshalb ist eine angemessene Steuerung der Aufnahme von Migranten mit dem Grundwert Solidarität nicht nur vereinbar, sie ist sogar eine Voraussetzung für dessen nachhaltige Befolgung. Jede aus Sicht der Grundwerte gerechtfertigte Kontrolle der Grenzen Europas muss daher immer für Asylbewerber offen bleiben und sollte legale Möglichkeiten für die Anträge der anderen Migranten bereitstellen. Für die Aufnahme von Flüchtlingen ist es sinnvoll, an den Außengrenzen der EU Aufnahmeeinrichtungen (sog. Hotspots) zu schaffen, in denen sie menschenwürdig und kurzzeitig untergebracht werden können. Hier können auch die Prüfverfahren stattfinden, mit denen geklärt wird, ob sie einen Aufenthaltstitel erhalten und welches EU-Land ihnen Aufenthalt gewährt.

Solidarität gebietet, dass die Sicherung der EU-Außengrenzen und die Aufnahme von Flüchtlingen nicht alleine den EU-Staaten mit Außengrenzen (z.B. Griechenland oder Italien) aufgebürdet werden. Diese Aufgabe muss von der

gesamten EU übernommen, organisiert und finanziert werden. Zu einer gelingenden Flüchtlingspolitik gehört eine menschenwürdige und an den gleichen Rechten aller Beteiligten orientierte Integrationspolitik. Ziel einer wertorientierten sozialdemokratischen Integrationspolitik ist die gleiche Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten mit Bleiberecht an Bildung, Kultur, Sicherheit, Arbeit, gesellschaftlichem Leben und Demokratie. Die Selbstbestimmung der kulturellen und religiösen Identität und die Achtung der politischen und zivilgesellschaftlichen Grundwerte der Aufnahmegesellschaften befinden sich nicht im Widerspruch zueinander. Integration bedeutet die Schaffung eines neuen "Wir" ohne einseitige Anpassung, aber auf dem Boden der rechtsstaatlichen, politischen, sozialen und zivilen Kultur der sozialen Demokratie. In diesem Rahmen sind die wechselseitige Anerkennung der verbleibenden Verschiedenheiten und die wirkliche Chancengleichheit bei der Teilhabe an den sozialen und wirtschaftlichen Ressourcen Schlüssel für eine erfolgreiche Integration.

Die wachsenden Ängste um Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die vertraute Lebenswelt, die keineswegs unreal sind, müssen ernst genommen und zum Ausgangspunkt für eine sozialdemokratische Politik der „doppelte Integration“ gemacht werden, die die Unterschichten der eigenen Gesellschaft einbezieht und der ethnischen Identitätspolitik der Populisten mit überzeugenden Taten das Wasser abgräbt. Dazu gehören ein Solidarpakt, der die von den Identitätspolitikern gewünschten Konflikte zwischen dem unteren Drittel der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen in der Realität gar nicht erst aufkommen lässt und eine umfassende Integrationspolitik.

Integration zielt auf die gleiche Teilhabe der zum Bleiben berechtigten Migranten an den sozialen Chancen und Pflichten der Aufnahmegesellschaft in allen relevanten Bereichen (Wohnen, Lebenswelt, Zivilgesellschaft, Bildung, Arbeit, politische Teilhabe) bei gleichzeitiger Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung ihrer eigenen kulturellen bzw. religiösen Identität und ihrer privaten Alltagskultur durch die Aufnahmegesellschaft. Sie setzt die überzeugte Akzeptanz der *politischen, sozialen und zivilbürgerlichen Kultur* (S. Benhabib) der Aufnahmegesellschaft durch die Migranten voraus. Um „Kultur“ handelt es sich dabei in dem Sinne, dass sich Integration nicht ausschließlich im gesetzestreu

Handeln äußert, sondern auch in einer Alltagspraxis im gesellschaftlichen und lebensweltlichen Nahbereich, die von diesen Normen ausreichend geprägt ist, etwa Gleichheit der Geschlechter, kulturelle und religiöse Toleranz, zivile Verständigungsverhältnisse und soziale Verantwortungsbereitschaft.

Vorausgesetzt ist dabei, dass die Berufung auf religiöse Identitäten in der pluralistisch rechtsstaatlichen Demokratie kein Rechtfertigungsgrund für die Verletzung der Normen und Grundwerte ihrer zivilen Kultur sein kann. Alle religiösen Identitäten müssen und können sich (wie die weltweite Praxis zeigt) in diesem Rahmen entfalten. Religion selbst ist, wie beispielhaft der Euro-Islam zeigt, kein Integrationshindernis – oft eher das Gegenteil. Es gibt aber auch Arten des Gebrauchs von Elementen oder Versatzstücken religiöser Überlieferungen, Symbole oder Texte (in allen Religionen) und insbesondere die religiöse Bemäntelung archaischer vor-moderner und undemokratischer Einstellungen, Gewohnheiten, Rituale und Praktiken zu Machtzwecken, die diesen den Anschein unanfechtbarer Rechtfertigung verleihen sollen.

Eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung, der gleichen Würde und des gleichen Werts jeder Person unabhängig von ihrer kulturellen und religiösen Identität verlangt Gegenseitigkeit. Alle Bürgerinnen und Bürger im kulturell pluralistischen Rechtsstaat müssen sich in diesem Sinne als Gleiche gegenseitig anerkennen und achten. Die Kultur der wechselseitigen Anerkennung der Verschiedenen schließt, wenn sie für alle glaubwürdig bleiben soll und nur dann auch eingefordert werden kann, insbesondere die tatsächliche Verfügung über die gleichen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Chancen und Zugänge für alle ein. Wo die reale Gleichheit der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Teilhabechancen nicht gewährleistet ist, wächst immer die Gefahr, reale Benachteiligung in kulturell-religiöse Diskriminierung umzudeuten und auf diese Weise die tatsächlichen Konflikte nahezu unlösbar werden zu lassen.

Die Erfahrung (etwa in hochgradig multikulturellen Ländern wie Indien) zeigt, dass politische oder religiöse Identitätsunternehmer, die kulturellen oder politischen Gewinn aus der verfeindenden Zuspitzung und kulturellen Instrumentalisierung von sozialen Konflikten ziehen und deswegen fortwährend daran arbeiten, sogar in Gesellschaften erfolgreich sein können, in denen die

unterschiedlichen Gemeinschaften schon seit Jahrhunderten friedlich koexistiert hatten. Unter bestimmten Bedingungen gibt es immer eine Bereitschaft wechselnd großer Gruppen, den Fundamentalisten zu folgen, die soziale Konflikte in religiöse Identitätskonflikte umdeuten und bis zur Unlösbarkeit aggressiv aufladen. Das kann in Einwanderungsgesellschaften sogar nach mehreren Generationen in gesteigerter Form der Fall sein.

Eine gute Einwanderungsgesellschaft ist ohne ein humanes und praktikables Einwanderungsgesetz nicht möglich. Vor allem Kanada ist dafür ein nützliches Beispiel. Ein Land wie Deutschland sollte über die aus Rechtsgründen erfolgte Aufnahme von Flüchtlingen hinaus eine an eigenen wirtschaftlichen, demografischen und sozialen Interessen orientierte aktive Einwanderungspolitik betreiben. Eine vorausschauende Einwanderungspolitik würde auch helfen, die Tore der europäischen Außengrenzen offenzuhalten. Der Druck auf Einreisewillige auf Anträge auf Anerkennung von politischem Asyl auszuweichen, würde sinken. Wenn alle verstanden und akzeptiert haben, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist, bei dem aus der Akzeptanz einer gemeinsamen politischen und zivilen Kultur auf der einen Seite und der Gewährung der Spielräume einer kulturell selbstbestimmten Lebensführung auf der anderen Seite ein gemeinsames *neues Wir* entstehen kann, ist die Voraussetzung für eine produktive, wenn auch selten konfliktfreie Lösung der vielen Einzelprobleme im Zusammenleben des Alltags gegeben, ob in der Schule, in der Nachbarschaft oder im öffentlichen Raum. Dazu gehört vor allem auch eine große Portion guter Wille auf allen Seiten. Er muss gezielt gefördert werden.

11. Demokratie als Bürgergleichheit

Die repräsentativen Demokratien in den Ländern Europas leiden seit längerem an gravierenden Effizienz- und Glaubwürdigkeitsproblemen, die einander bedingen und sich wechselseitig zu verstärken drohen. Zu den Ursachen dafür gehören enorme soziale Ungleichheit und die gewachsene Macht von Märkten und international vernetzten Konzernen, die mit den von ihnen gesetzten ökonomischen und finanziellen Bedingungen die Entscheidungen demokratisch legitimierter politischer Führungen beeinflussen, einengen oder mitunter sogar beherrschen (die sogen. „Postdemokratie“). Das untergräbt nicht nur die Fähigkeit der gewählten Regierungen zur Gestaltung der Lebensverhältnisse im

Interesse der Gesellschaft und ihrer schwächeren Teile, sondern treibt Keile zwischen die politischen Repräsentanten und große Teile der Bürgerschaft. Unsere repräsentative Demokratie weist heute erhebliche Defizite in ihren beiden elementaren Dimensionen auf: den Ergebnissen (Output–Legitimation) und der Bürgerbeteiligung (Input-Legitimation). Beide Bereiche sind durch ein Maß an Ungleichheit gekennzeichnet, das die demokratischen Normen verletzt. Denn einerseits gelingt es der Politik nicht, die wachsende Ungleichheit der Gesellschaft in allen wichtigen Dimensionen zu begrenzen und andererseits beteiligen sich an den politischen Willensbildungsprozessen gerade die am schlechtesten gestellten Bürgerinnen und Bürger in weit unterdurchschnittlichem Maß. Die nationalstaatlichen parlamentarischen Demokratien verlieren zugleich Handlungsfähigkeit und Legitimation, mit der Tendenz der wechselseitigen Verstärkung beider Fehlentwicklungen. Entfremdung von den Repräsentanten der Demokratie oder gar von der Demokratie selbst und die Hinwendung zu Populismus und Autoritarismus sind die naheliegenden Folgen.

Demokratie basiert aber auf der wechselseitigen Anerkennung freier und gleicher Bürgerinnen und Bürger und dem gleichen Anspruch aller auf ein selbstbestimmtes Leben. Das „Recht aller auf die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer Selbstbestimmung“ war zunächst der Ausdruck bürgerlicher Emanzipation in der Zeit des Aufstiegs des Kapitalismus. Die Arbeiterbewegung knüpfte in ihrer Kapitalismuskritik daran an und hob die ökonomischen und sozialen Voraussetzungen von Gleichheit und Demokratie hervor. Große, ungerechtfertigte Ungleichheit und erst recht ihre Rechtfertigung durch die neo-liberale Ideologie der letzten Jahrzehnte untergraben die Bedingungen von Freiheit und Demokratie. Mit der zunehmenden Ungleichheit und der Auflösung des sozialen Zusammenhalts verschwindet nach und nach die „soziale Form“, in der sich Gleiche als Freie und Freie als Gleiche im gesellschaftlichen Leben begegnen können. Die Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie ist ein Kennzeichen unserer Zeit.

Diese Entwicklung ließ sich schon länger an sinkender Wahlbeteiligung beobachten. Nun treten offen antidemokratische Bewegungen und Parteien auch in Ländern mit langen demokratischen Traditionen auf. Ihre Antwort – Ausländerdiskriminierung und fremdenfeindlicher Protektionismus im Innern -

zielt auf die sozialen Milieus, die durch ihre zunehmend prekäre Lage und den Verlust an sozialer Sicherheit in ihrem gesellschaftlichen Status gefährdet sind. Dass dies nicht zu einer Stärkung der Sozialdemokratie als traditioneller Interessenvertretung dieser Milieus führt, sondern zu einem Vormarsch rechtsextremistischer Parteien, birgt größte Gefahren für die Demokratie. Der Versuch, die innergesellschaftliche Ungleichheit über das Identitäts- bzw. Homogenitätsprinzip zu entschärfen, ist die traditionell rechte Antwort auf die soziale Frage. Damit wird aber die Demokratie selbst in Frage gestellt und autoritäre Herrschaft als Ausdruck des wahren Volkswillens gerechtfertigt.

Die Antwort der Sozialen Demokratie auf die Krise der nationalstaatlichen repräsentativen Demokratie konzentriert sich auf vier Handlungsfelder:

Erstens: Für die Verbesserung der gesellschaftlichen Voraussetzungen gleicher Bürgerbeteiligung gibt es vielfache Ansätze: mehr soziale Sicherheit im Alltag, in der Arbeit, wirklich gleiche Chancen bei Bildung, Mitbestimmung in der Wirtschaft, mutige Gestaltung der Globalisierung, zusätzlich zu den repräsentativen Gremien Multi-Stakeholder Partizipation - vor allem in den Gemeinden und in den Städten, um an der Gestaltung des Alltags teilzunehmen, Community Organizing, Open Government und sonstige Dialogformen, die bereits im Vorfeld von Entscheidungsprozessen greifen und es den Bürgern vor allem im lokalen Rahmen ermöglichen, an der Gestaltung des Alltags teilzunehmen, eine ehrlichere Kommunikation der Amtsträger, die die Grundwerte nicht nur proklamieren, sondern auch danach leben und Politik gestalten, Überwinden krasser Ungerechtigkeiten (Einkommen, Vermögen), Höflichkeit, Freundlichkeit, und Achtsamkeit im täglichen Umgang.

Zweitens: Eine Reform der demokratischen Institutionen schließt vor allem Organisationsreformen der Parteien ein, die diese gegenüber Bürgern, zivilgesellschaftlichen Institutionen und den eigenen Mitgliedern weiter öffnen, aber auch Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Steigerung der Wahlbeteiligung wie die Ermöglichung der allgemeinen Briefwahl oder die Absenkung des Wahlalters auf 16, sowie die Weiterentwicklung der bestehenden direktdemokratischen Verfahren auf kommunaler und Länderebene. Lobbyeinflüsse müssen wesentlich transparenter gemacht werden.

Ergänzungsbedürftig sind die bestehenden repräsentativen Verfahren dort, wo die „Parteien in eigener Sache“ entscheiden wie etwa beim Wahlrecht. Statt die Kontrolle allein den Verfassungsgerichten zu überlassen, müssten die Parteien hier bereit sein, „unparteiische“ Bürger (auch z.B. NGO's) und Sachverständige in die Vorbereitung ihrer Entscheidungsprozesse stärker einzubeziehen. Demokratiebeschützende und -ermöglichende Prinzipien wie Meinungspluralismus, Gewaltenteilung, Minderheitenrechte und die Unabhängigkeit der Justiz, die von den Rechtspopulisten negiert, von den Rechtsextremisten sogar offen bekämpft werden, gilt es entschieden zu verteidigen. Dabei müssen auch neue Herausforderungen angegangen werden, die sich z.B. aus dem Missbrauch der Meinungsfreiheit im Internet und dem neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit ergeben (Regulierung der Sozialen Medien).

Drittens: Es ist ein Trugschluss, der aller Erfahrung widerspricht, die Überwindung der Gleichheitsdefizite der repräsentativen Demokratie von einem allgemeinen Ausbau der plebiszitären Demokratie zu erwarten, denn diese steigert in der Regel den Grad der Ungleichheit in der Wahlbeteiligung noch einmal deutlich und verschärft damit das Problem der sozialen Spaltung. Ein Mehrwert durch direktdemokratische Verfahren ist nur dann gegeben, wenn diese zu einer verbesserten Entscheidungsqualität im Sinne des Gemeinwohls und das heißt vor allem: Stärkung des sozialen Zusammenhalts (*Output-Legitimation*) beitragen und ein höheres Maß an Interessenberücksichtigung ermöglichen, das zugleich die Zufriedenheit mit dem politischen System vergrößert (*Input-Legitimation*). Plebiszite müssen also durch thematische Ausschlussgegenstände, hohe Quoren, sonstige Verfahrensvorschriften und die parlamentarische Konterlegislatur (also die nachträgliche Aufhebung oder Korrektur von Volksbeschlüssen) so stark eingeschränkt werden, dass die direkte Demokratie in der Praxis kaum noch zum Tragen käme. Es gibt in diesem Rahmen dennoch genügend Instrumente, die sich für eine plebiszitäre Ergänzung der repräsentativen Demokratie eignen würden: etwa ein obligatorisches Verfassungsreferendum, das allerdings auf die Kernbestandteile der Verfassung begrenzt sein müsste. Darunter fallen auch Souveränitätsübertragungen an die EU. Zweitens böte sich ein von einer Zweidrittelmehrheit des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates auslösbares Entscheidungsreferendum an. Und drittens sollten die Bürger die

Möglichkeit erhalten, das Parlament mittels einer unverbindlichen Volksinitiative zur Beratung eines Vorschlags aufzufordern.

Viertens: Alle Gesellschaften sind mit ihren wesentlichen Problemen im Zeitalter der Globalisierung miteinander in vielerlei Hinsicht vernetzt. Der gesellschaftlichen Globalisierung entspricht aber trotz vielfältiger Ansätze auf regionaler und weltweiter Ebene nicht das Niveau politischer Globalisierung, das erforderlich ist, um den großen Herausforderungen der Zeit wirksam zu begegnen. Politische Globalisierung erfordert keine Weltregierung, sondern eine Vielfalt transnationaler und regionaler Formen kooperativen Regierens. Ein solches Mehr-Ebenen-Modell bildet sich in kleinen Schritten allmählich heraus. Dazu gehören die globalen politischen Institutionen der Vereinten Nationen und ihre zahlreichen Unterorganisationen, transnationale politische Regime mit Sanktionsrechten wie die WTO, die weltweit verflochtenen Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere auch die institutionalisierten Systeme der regionalen Kooperation in aller Welt mit ihren horizontalen Formen der Zusammenarbeit - am weitesten fortgeschritten unter ihnen die EU.

Globales Regieren, das dauerhaft in der Lage ist, die Probleme der globalisierten Welt wirksam und demokratisch zu lösen, verlangt, dass das transnationale Netzwerk der schon bestehenden Institutionen, Organisationen und Initiativen dichter geknüpft und konsequent demokratisiert wird. Die Nationalstaaten werden dadurch nicht überflüssig, denn sie bleiben einerseits maßgebende Einheiten der transnationalen Willensbildung und andererseits Vollzugsorgane für die meisten Entscheidungen transnationalen Regierens. Darüber hinaus bleibt ihnen auch im Zeitalter der Globalisierung und im Rahmen der EU ein weites Feld von Problemen und Herausforderungen, für das sie selbst die Gestaltungssouveränität behalten werden, das gilt insbesondere für die Gewährleistung der Rechts- und Sozialstaatlichkeit.

Die EU, als eine Art „Regionalstaat im Werden“ (V. Schmidt) ist an einer ausschlaggebenden Stufe demokratischen Regierens in Europa angekommen. Die weitergehende Demokratisierung ihrer Entscheidungsverfahren und Institutionen, ihre weitere Öffnung für die Zivilgesellschaften ihrer Mitgliedstaaten und vor allem auch eine konsequente Ausrichtung ihrer

Wirtschafts- und Sozialpolitik am Schutz der Bürgerinnen und Bürger Europas vor der Macht der Märkte und Konzerne ist ein wesentlicher Beitrag für die Überwindung des Demokratiedefizits in Europa.

12. Eine freundliche Gesellschaft

Seit den 1980er Jahren hat das kulturelle und wirtschaftspolitische Programm des Neoliberalismus den möglichst gering regulierten – „entfesselten“ - Wettbewerb in den Mittelpunkt der Politik und seiner kulturellen Leitbilder gestellt. Entscheidend war der geforderte systematische Übergang von einer Wettbewerbswirtschaft zur Wettbewerbsgesellschaft und einem Menschenbild, das dem entspricht. Wettbewerb wurde zur absolut vorherrschenden Motivationsstrategie für Leistung und Wettbewerbsfähigkeit und zu ihrem entscheidenden Beurteilungskriterium. Jedwede Leistung – auch im Bereich der öffentlichen Güter in Bildung, Kultur, Gesundheit und Wohnen – wurde zur Ware, die analog zur Wirtschaft ihren Wert allein durch ihren Erfolg am Markt gewinnt (z.B. Zahl der sich bewerbenden Schüler oder Studierenden hinsichtlich von Schulen oder Hochschulen oder Erwerb von kompetitiv erworbenen Drittmitteln als ausschlaggebendes Qualitätsmerkmal von Universitäten, ökonomische Effizienz als Qualitätsmerkmal von Krankenhäusern).

Inzwischen sind die destruktiven Folgen dieser manischen Kultur des Wettbewerbs in Bezug auf Gemeinwohl, die Qualität der Bildung und einen allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglichen Gesundheitsdienst offenkundig. In Bezug auf den Charakter der Gesellschaft hat der Übergang zur Wettbewerbsgesellschaft – wie zu erwarten war – eine Kultur der Gegnerschaft zwischen den Menschen als Wettbewerbern auf fast allen Gebieten geschaffen, eine Kultur der Angst vor dem Verlieren und Abstieg, der Unterminierung von Hilfsbereitschaft und Solidarität. Sie ist mitverantwortlich dafür, dass viele Menschen, auch wenn sie gegenwärtig materiell nicht schlecht gestellt sind, sich „abgehängt“ fühlen, denn Abstieg und Verlust drohen allenthalben, wenn der Erfolg im Wettbewerb versagt bleibt. Überdies kann man nicht mehr auf eine umgebende, schützende Gesellschaft zählen (und nur noch begrenzt auf die institutionalisierte Solidarität der Sozialsysteme), die einen auffängt und sich kümmert, wenn es einem schlecht geht.

Diese exzessive Kultur der Wettbewerbsmanie hat einen Boden der Angst, des Misstrauens, der Geringschätzung und der Menschenfeindlichkeit bereitet, der Sündenbock-Strategien und Ressentiments sprießen lässt. Sozialdemokratische Politik will nicht nur handfeste Verbesserungen für benachteiligte Menschen, die angesichts der Kluft zwischen Arm und Reich weit in die Mittelschicht hinein reichen. Sie will auch die Bedingungen dafür schaffen, dass aus einer Wettbewerbsgesellschaft, in der Jeder gegen Jeden steht und Jeder dem anderen misstraut, eine freundliche und kooperative Gesellschaft werden kann. Freundlichkeit verweist auf Freundschaft und Freunde. In der Geschichte demokratischer Politik und der dazu gehörigen politischen Kultur spielt der Gedanke der Freundschaft spätestens seit Aristoteles eine wichtige, ja zentrale Rolle. Zunächst ist Freundschaft ganz fundamental dafür, dass ein Leben als sinnvoll und lebenswert empfunden werden kann. „[...]denn ohne Freunde möchte niemand leben, auch wenn er die übrigen Güter alle zusammen besäße.“(Aristoteles) Ein Leben ohne Freundschaft ist leer.

Aber diese auf den ersten Blick private Beziehung hat vor allem auch erhebliche Auswirkungen auf die Qualität eines politischen Gemeinwesens. Sie steht bei Aristoteles auf derselben Stufe wie die Gerechtigkeit, die er besonders hervorhebt, weil sie als Tugend „des anderen Gut“ darstellt. Anders als Tapferkeit, Weisheit oder Klugheit bezieht sich Gerechtigkeit nicht nur auf das Individuum, sondern auf das Zusammenleben mit anderen, dass sie für ein gelungenes Gemeinwesen prägen soll. Und da Menschen soziale Wesen sind, ist die Qualität des Gemeinwesens für ihr Leben entscheidend. Diese hohe Bedeutung gilt auch für die Freundschaft. In ihrer dauerhaften Form gelingt sie, wenn Freunde – als Gleiche bzw. Ebenbürtige - einander um ihrer selbst willen zugetan sind (nicht berechnend, wie im ökonomischen Umgang, nicht instrumentalisierend), wenn Wohlwollen, Verlässlichkeit, Fairness, Partnerschaftlichkeit, Freiwilligkeit, gegenseitiges Vertrauen, ein Sinn der Gemeinschaftlichkeit und gegenseitigen Loyalität, Ehrlichkeit und Mut ihre Beziehung prägen. Dazu müssen sie selbst als Individuen zu diesen Verhaltensweisen fähig sein und selbständig bleiben, also z.B. nicht unterwürfig oder konkurrierend miteinander umgehen.

Freundschaften sind umso haltbarer, je mehr Freunde diese Fähigkeiten (nach Aristoteles Tugenden als „Tüchtigkeiten“) im Verhältnis zueinander praktizieren

und überdies in Kommunikation miteinander bleiben. Die Freundschaft als Haltung bleibt zwar konkret in ihrer tief gehenden Gestalt jeweils auf wenige Menschen beschränkt, aber die Einstellungen und „Tüchtigkeiten“, die zur Freundschaft befähigen, sind strukturell genau jene, die Bürgerinnen und Bürger in einer gelungenen Demokratie zur Erhaltung und Entwicklung dieser Demokratie brauchen. Sie können beispielhaft in den Nahwelten der Nachbarschaften und der Zivilgesellschaft erprobt werden. Generell betont Aristoteles überdies, dass „Tüchtigkeiten“ früh eingeübt werden müssen, um durch die Gewohnheit zu einer verlässlichen Haltung zu werden (ein Gedanke, der in der Forschung über Helfer von Juden im Nationalsozialismus eine interessante Bestätigung gefunden hat; sie waren in der Regel auch in Gefahrensituationen spontan zur Hilfe bereit, weil sie es so gewohnt waren, diese Werte schon lange verinnerlicht hatten). Freundlichkeit im Umgang mit den Mitbürgerinnen und Mitbürgern – mit den Mitmenschen im Allgemeinen – enthält als philosophischen, theologischen und/oder psychischen Hintergrund eben all jene Merkmale, die eine gute Freundschaft auszeichnen. Freilich kann nicht jede soziale Beziehung zu einer tiefen Freundschaft werden. Aber es macht einen entscheidenden Unterschied, ob man Menschen, sei es im öffentlichen Verkehrsmittel oder am Arbeitsplatz prinzipiell freundlich – also wohlwollend, verlässlich, von gleich zu gleich, vertrauensbereit, loyal etc. begegnet, oder sie spontan misstrauisch als Konkurrenz abwertet. Die Devise von Immanuel Kant, sich zur Praxis der Gerechtigkeit immer „an die Stelle des anderen zu setzen“, kann uns als Gedankenexperiment auch zeigen, wie viel mehr und wärmer wir uns selbst in einer Gesellschaft aufgehoben fühlen, wenn wir, auch als Fremde, vor allem im Fall von Missgeschick allgemein auf eine solche Freundlichkeit stoßen oder mit ihr rechnen können.

In früheren Zeiten haben viele USA-Reisende aus Europa die auffällige Freundlichkeit der US-Amerikaner gerühmt, die sie als Zeichen ihrer gediegenen demokratischen politischen Kultur interpretiert haben. Freilich wurde diese oft nach längerem Aufenthalt als „aufgesetzt“ und unehrlich empfunden. Hinter der freundlichen Fassade haben viele Europäer eine versteckte Feindseligkeit wahrgenommen. Ohne diese Frage hier historisch empirisch für die USA klären zu können, zeigt sie doch, wie schwierig es ist, eine echte Kultur der Freundlichkeit zu praktizieren. Und sie zeigt auch, dass dies nur möglich ist, wenn sie durch

gerechte und auch institutionalisiert solidarische Verhältnisse (Sozialversicherungen) unterfüttert wird. Eben dies war in den USA, vor allem im Siegeszug des Neoliberalismus, immer weniger der Fall.

Eine „freundliche“ Gesellschaft entspricht nicht nur der Tradition der demokratischen politischen Kultur. Sie bezeichnet ganz besonders die der Sozialdemokratie, der es ja gerade immer auf die Solidarität und „Geselligkeit“ der sozialen Beziehungen über den liberalen Rechtsstaat hinaus ankam. Deshalb ist es konsequent und notwendig, als kulturelles Ziel der Sozialen Demokratie eine freundliche Gesellschaft zu erstreben. Wie im Godesberger Programm allgemein formuliert, speist sich die Sozialdemokratie eben auch aus den Quellen der klassischen Philosophie, z.B. von Aristoteles. Dort knüpft sie mit den nach der Französischen Revolution formulierten Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität an. Aber faktisch auch am Bedürfnis vieler, besonders junger Menschen, die die unfreundliche und entfremdende Wettbewerbskultur satt haben und sich ihre Menschlichkeit bewahren wollen. Sie sind trotz Neoliberalismus hilfsbereit und engagieren sich in Parteien und in vielen Bürgerinitiativen, auch für Flüchtlinge. Viele warten auf ein Signal zugunsten einer menschlicheren, eben einer freundlichen Gesellschaft.

Der Nährboden, der es möglich machen kann, dass eine Kultur der menschlichen Solidarität, des Vertrauens und der Freundlichkeit allmählich heranwachsen und an die Stelle des vorherrschenden einseitigen Konkurrenzdenkens und Misstrauens treten, sind die Erfahrungen der Menschen in den gemeinsamen öffentlichen Lebenswelten und in den Bürgerinitiativen der Zivilgesellschaft. Hier, wo sich in der Regel die eigenen und die gemeinschaftlichen Interessen überlappen oder verschmelzen, kann der Wert von Solidarität und vertrauensvoller Zusammenarbeit von jedem Einzelnen unmittelbar und überzeugend erfahren und zum Fundament für humane gesellschaftliche Beziehungen werden. Das kann und will sozialdemokratische Politik fördern.

13. Eine humane Lebenswelt

Wie human, gesichert, solidarisch und demokratisch eine Gesellschaft ist, entscheidet sich überall auf der Welt letzten Endes vor Ort, in den unmittelbaren Lebenswelten und Nachbarschaften, in denen zumeist sehr unterschiedliche

Menschen ihr Leben miteinander verbringen und gemeinsam über die Bedingungen ihres Zusammenlebens entscheiden. Hier wird die Qualität ihres Lebens und ihrer Beziehungen zueinander unmittelbar erfahrbar, hier müssen sich Mitmenschlichkeit und Toleranz bewähren, hier kann demokratische Selbstbestimmung bei der Regelung der Grundfragen des Zusammenlebens praktiziert und eingeübt werden, hier wird Vertrauen gebildet oder verspielt, hier können Freundschaften wachsen und Freundlichkeit als öffentliche Tugend erprobt werden.

Nachbarschaft, Lebenswelt und kommunale Politik sind daher die Keimzelle von Demokratie und ziviler Bürgerkultur. Sie sind auch der Raum, in dem die Lebenschancen und die Lebensqualität der Menschen durch ein gutes Angebot an öffentlichen Gütern, Plätzen, Straßen und Räumen, Schulen und Jugendtreffs, Bibliotheken und Sportstätten, Schwimmbädern und Spielplätzen, Naherholungsräumen und öffentlichem Nahverkehr, bezahlbarem Wohnen und mittlerweile auch rasch verfügbaren und von den Bürgern mitgetragenen humanen Flüchtlingsunterkünften entscheidend geprägt werden. Die öffentliche Infrastruktur in Deutschland lebt infolge der langjährigen gravierenden Investitionsdefizite inzwischen von der Substanz und befindet sich vielerorts in einem beklagenswerten Zustand. Die Abschreibungen sind höher als die Investitionen. Besonders stark trifft der Verfall des öffentlichen Kapitalstocks die Kommunen, vor allem die Schulen, Volkshochschulen, öffentlichen Bibliotheken, öffentlichen Treffpunkte, Schwimmbäder und Sportstätten, das Wohnungsangebot und die Qualität von Wohnquartieren. Darunter leiden die Qualität des Lebens und die Möglichkeiten für spontane öffentliche Begegnungen und gemeinschaftliche Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger.

Die Qualität des menschlichen Lebens, insbesondere des Zusammenlebens, des einander Kennenlernens und des Verständnisses füreinander entscheidet sich immer vor Ort, in den kommunalen Lebenswelten. Hier können Solidarität und Demokratie, der unauflöslche Zusammenhang zwischen den eigenen Interessen und denen der Gemeinschaft tagtäglich unmittelbar erfahren und praktiziert werden. Hier finden sich die Orte für Austausch, Zusammenarbeit, gegenseitige Hilfe sowie die Planung und Durchführung gemeinsamer Projekte. Hier kennen sich die Menschen mit vielen ihrer Sorgen, Neigungen oder Aktivitäten und

gewinnen gegenseitiges Vertrauen. Hier entstehen die Initiativen des nachbarschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements, die moralische Infrastruktur der Gesellschaft, in der die zivile Kultur und die Praxis der Demokratie wurzeln.

Diese bewähren sich vor allem in den bürgerschaftlichen Beratungen und kommunalen Entscheidungen über die Zukunft der gemeinsamen Lebenswelt und die öffentlichen Güter, die über die Lebensbedingungen aller vor Ort entscheiden. Lebenswelt, Zivilgesellschaft und Kommune sind daher die hohe Schule der Demokratie, der Bürgersolidarität und der zivilen Kultur. Damit diese Grundlagen der ganzen Gesellschaft nicht brachgelegt werden, bedürfen die Kommunen einer ausreichenden finanziellen Ausstattung als Basis echter Selbstbestimmung. Die Erhaltung und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, über welche die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar selbst entscheiden können, bilden den Kern praktizierter und direkt erfahrbarer Demokratie.

14. Eine realistische Strategie

Das Projekt der Sozialen Demokratie zielt in vielen Bereichen auf eine gründliche Veränderung der bestehenden Verhältnisse ab, die durch machtvolle Interessen und Gewohnheiten gestützt werden. Dafür bedarf es eines breiten Bündnisses von progressiven Parteien, Gewerkschaften sowie sozialen Initiativen und Bewegungen, die über eine längere Zeit hinweg für gemeinsame Ziele koordiniert handeln. Ein solches Bündnis kann nur aus einer offenen Debatte der europäischen Sozialdemokratie über das von ihr vorgeschlagene Projekt für das 21. Jahrhundert hervorgehen. Die Profilierung der Alternative der Sozialen Demokratie in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart ist nicht nur der Ausgangspunkt für ein neues Zeitalter sozialdemokratischer Politik, sondern auch ein wesentlicher Beitrag im Kampf gegen den überall in den westlichen Demokratien emporkommenden neuen Populismus und Autoritarismus, weil er den Enttäuschten, Entfremdeten und Desorientierten wieder eine klare Alternative und eine begründete Hoffnung bieten kann. Der Hauptgrund dafür, warum dieses Projekt in jüngster Zeit nicht energisch und zielstrebig in Angriff genommen werden konnte, liegt in der Schwäche der sozialdemokratischen Parteien in Europa. Ihr politisches Gewicht und das Ausmaß ihres Einflusses auf die Gesellschaft haben sich deutlich verringert, sie haben ihre Schlüsselrolle als

mehrheitsfähige Volksparteien eingebüßt. Nicht nur in Deutschland sind sie auf Koalitionen mit mehreren Parteien der linken Mitte angewiesen, wenn sie eine führende Rolle bei der Gestaltung ihrer Länder zurückgewinnen wollen. Dauerkoalitionen mit bürgerlichen Parteien der rechten Mitte wirken hingegen regelmäßig als Faktoren ihrer weiteren Schwächung. Das gilt selbst dann, wenn ihnen als Juniorpartnern in solchen Regierungsbündnissen klar profilierte Reformen auf einzelnen Politikfeldern gelingen.

Eine oft unterschätzte Frage könnte sich als der Schlüssel für die Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts erweisen. Schon seit der Jahrhundertwende haben sozialdemokratische Parteien in allen Industrieländern einen großen Teil der Klasse der manuellen und gering qualifizierten Arbeiter und Angestellten aus so unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen wie Industrie und Dienstleistungen als Anhänger und Wähler verloren. Deren Abwendung erfolgte zumeist „aus einem Gefühl des Verlassenseins, wenn nicht des Verrats durch ihre traditionellen politischen Vertreter. Dieses Gefühl hat zu einer historischen, möglicherweise nicht mehr zu korrigierenden Abwanderung dieser Wähler zu Parteien der populistischen Rechten geführt“ (Piero Ignazi). Der dadurch bedingte Mentalitätswandel nach rechts ist in einer Vielzahl europäischer Länder zu beobachten. Aber warum sollte er nicht mehr zu korrigieren sein, wenn Sozialdemokraten wieder glaubwürdige Antworten auf die Fragen geben, die die Enttäuschten zutiefst bewegen und wenn sie diese Antworten dann auch in ihrer Praxis glaubhaft verkörpern?

So verschieden diese Milieus, die viele Jahrzehnte lang von linker Politik und Kultur geprägt waren, in den einzelnen Ländern auch sind, etwas Wesentliches verband sie. Sie waren von der Gültigkeit und Glaubwürdigkeit des Anspruchs der linken Parteien und ihrer politischen Leitorientierungen überzeugt. Diese boten ihnen zum Einen einfache und eindeutige Erklärungen für ihre Erfahrungen der verweigerten Anerkennung, des verletzten Gerechtigkeitsempfindens und der erlebten sozialen und politischen Exklusion; sie verkörperten auch eine klare und einfache politische Strategie für die Überwindung ihrer gegenwärtigen Misere; und die Repräsentanten der Sozialdemokratie blieben in ihren Kommunikationsformen und ihrer Kultur glaubhafte Repräsentanten der

benachteiligten und prekären Milieus und zollten deren Mitglieder auf diese Weise „Anerkennung“.

Diese Fähigkeiten sind den sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahrzehnten in Europa zunehmend abhanden gekommen. Die rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen sind entschlossen, gezielt und wirkungsvoll in diese Bresche gesprungen. Deswegen gelingt ihnen in wachsendem Ausmaß nicht nur die Übernahme von sozialdemokratischen „Arbeiter“-Wählern, sondern, was bedeutsamer ist, allmählich auch deren kulturelle Einbindung. Drei zentrale (Denk-)Hindernisse erschweren eine neue Strategie auf Seiten der Sozialdemokratie zur Rückgewinnung ihres Einflusses in diesen Milieus:

Erstens: Die zumeist inkonsequente Vermeidung der kritischen Thematisierung des ungesteuerten Zuzugs von Migranten in großer Zahl in die Gesellschaft und in die Lebenswelten vornehmlich der Unterschichten (Wohnen, Sozialleistungen, Arbeiten, Schulen, Öffentlichkeit) bestärkt das Misstrauen eines großen Teils der verunsicherten Mittel- und Unterschichten. Viele von ihnen empfinden diese Entwicklung aber als eine Infragestellung des sozialen und kulturellen status quo, in dem sie sich orientieren, der ihnen ein gewisses Maß an Lebenssicherheit gibt und den sie nicht ohne gefragt zu werden preisgeben möchten. Das gilt für viele umso mehr je stärker sie ihre eigene wirtschaftliche, soziale und sozio-kulturelle Lebenslage ohnehin schon als ungesichert erfahren.

Zweitens: Viele Angehörige dieser Milieus empören sich über die anscheinende oder reale kulturelle und materielle Konzentration der aktuellen Flüchtlingspolitik und der Medien auf die Versorgung und Anerkennung der „Migranten“, während ihre eigene Situation kaum thematisiert wird. Sie erleben das als Verweigerung der Anerkennung ihrer eigenen gesellschaftlichen Stellung. Auch wo die Ängste übertrieben und von außen künstlich angeheizt sind, wäre es fahrlässig, sie ignorieren oder von vornherein als ideologische Hirngespinnste abtun zu wollen. Die Erfahrung eigener sozialer oder kultureller Bedrohung und die Furcht vor wachsender Unsicherheit infolge ungesteuerter Massenimmigration hängen zwar häufig eng zusammen, aber sicher nicht in allen Fällen. Ein gesicherter sozialer Status, ein gutes Einkommen oder Bildungsabschluss sind offensichtlich keine zuverlässigen Barrieren gegen fremdenfeindliche oder antidemokratische

Gesinnung, wie sich am harten Kern der Rechtspopulisten erkennen lässt. Diese Erkenntnis widerlegt aber nicht die Beobachtung, dass häufig ein Zusammenhang zwischen der Erfahrung von sozialer oder kultureller Unsicherheit oder verweigerter Anerkennung auf der einen Seite und der Anfälligkeit für die identitätspolitische Ablehnung von Offenheit und einer humanen Flüchtlings- und Integrationspolitik besteht. Die Sozialdemokratie sollte davon ausgehen, dass bei der Mehrheit der Wähler rechtspopulistischer Parteien, wenn auch keineswegs bei ihren Kadern und Führern, die sozial-ökonomische Situation und das Lebensgefühl politischer und kultureller Entfremdung die Bereitschaft zur Stärkung rechter Parteien zur Folge hat. Die politische Entfremdung in diesen Milieus wächst oft aus der realen Erfahrung sozialer Gefährdung bis hin zur Abstiegsbedrohung, verbunden mit der Perspektive blockierter Aufstiegschancen für sie selbst und ihre Kinder. Hinzu kommen die politischen Legitimationsverluste infolge empörender Ungleichheit und offensichtlichem Kontrollverlust des Staates über die gesellschaftlichen Folgen einer „offenen Welt“.

Drittens: Zur Rückgewinnung einer Grundstimmung relativer Sicherheit in diesen Milieus wird eine als Aufforderung und Versprechen formulierte Strategie der Intensivierung und Verbreiterung von Bildung und (permanenter) Weiterbildung für alle, wie sie in der Sozialdemokratie gegenwärtig das Denken beherrscht, nicht ausreichen, teilweise sogar kontraproduktiv wirken. Zum einen, weil Bildung und Ausbildung, wenn alle sie haben, angesichts der durch Globalisierung und Digitalisierung forcierten krisenhaften Wirtschaftsdynamik als Sicherheitsgaranten für die Verunsicherten nicht mehr glaubhaft sind. Dies gilt besonders für den Mittelschichtsteil dieser Milieus. Für die Unterschichten (einschließlich bestimmter Teile der unteren Mittelschicht) kommt aber ein gravierendes, bislang politisch verdrängtes Problem hinzu: Die Aufforderung zur Weiterbildung, wenn sie ihren Status verbessern wollen, verstehen sie als eine Verweigerung der Anerkennung ihrer sozialen Existenz durch die Politik (bzw. die Partei), die sie zu vertreten vorgibt. Sie dürfte darüber hinaus von vielen eher als eine zusätzliche Gefährdung empfunden werden, da ihnen offenbar nicht geholfen werden soll, solange sie sich nicht auf den ungeliebten und für manche sogar riskanten Pfad der Weiterbildung begeben, der vielen von ihnen biografisch eher die Erfahrung persönlicher Niederlagen in Erinnerung ruft.

Die zur Erklärung der massenhaften Abwanderung ehemals sozialdemokratischer Wähler zu den rechtspopulistischen Parteien herangezogene These, der traditionelle politische Rechts-Links-Gegensatz werde zunehmend von einer neuen politisch-kulturellen Konfliktlinie „Kommunitarismus“ (lokales Gemeinschaftsdenken) gegen Kosmopolitismus (ortsungebundenes Weltbürgertum) überlagert, bedarf einiger Einschränkungen und Präzisierungen, wenn sie ein zutreffendes Bild der neuen Wirklichkeit liefern soll. Diese These schreibt den als „Kommunitaristen“ bezeichneten Sympathisanten der Rechtspopulisten pauschal eine identitätspolitische Mentalität zu, die auf Anti-Pluralismus, Fremdenfeindlichkeit und Flüchtlingsabwehr programmiert sei. Das übersieht, dass es einem großen Teil der „Kommunitaristen“ vorrangig um die Kontrolle ihrer lokalen Lebenswelten (bzw. örtliche Gesellschaften) geht, diese aber durchaus als kulturell und ethnisch vielfältig verstanden wird. Diesen, „liberalen Kommunitaristen“ geht es um eine gemeinschaftliche Zivilkultur, Sozialorientierung und Verständigungsfähigkeit in ihrer überschaubaren Lebensumwelt (Dorf, Kleinstadt, Stadtviertel, Kiez). Der Wunsch nach einer mitbestimmten Entwicklung der eigenen Lebenswelt darf gerade von Sozialdemokraten nicht mit der identitätspolitischen Verirrung gleichgesetzt werden.

Die Entgegensetzung der beiden Pole „Kommunitaristen“ und „Kosmopoliten“ für diesen *sozio-kulturellen* Interessenbereich ist zu pauschal, zu starr und zu wenig konditioniert. Umfragen, Erfahrungen und Analysen sprechen dafür, dass für einen großen Teil der Wähler und Anhänger der Rechtspopulisten ihre momentane politische Orientierung situationsbedingt ist, nämlich eine Reaktion auf die politischen Angebote und das reale Handeln der etablierten Parteien zur Überwindung ihrer Befürchtungen, Unsicherheiten und „Kränkungen“. Wenn sie von einem sozialdemokratischen Angebot, dass ihre Besorgnis ernst nimmt, überzeugt werden können, verändert sich bei vielen die politische Orientierung auch schnell wieder. Sie bewegen sich je nach ihrer sozialen und politischen Erfahrung zwischen den Polen *Kommunitarismus* – *Kosmopolitismus*, viele von ihnen eher in der Nähe zur Mitte, also einem „liberalen Kommunitarismus“.

Realistischer Weise muss beim Gebrauch des Kommunitarismus-Kosmopolitismus Modells von zwei höchst unterschiedlichen Teilgruppen unter

den Kommunitaristen selbst ausgegangen werden. Die erste besteht aus den konstant *ethnisch-kommunitaristisch* gesinnten Personen, die dauerhaft einer völkischen Identitätspolitik zuneigen. Deren Zahl ist wahrscheinlich sehr viel kleiner als die der zweiten Gruppe. Bei letzterer handelt es sich um die zeitweiligen Unterstützer und Wähler rechtspopulistischer Parteien. Unter ihnen sind viele, die in erster Linie nach Sicherheit und Orientierung suchen. Diese „liberalen Kommunitaristen“ bleiben erreichbar für das politische Angebot der Sozialen Demokratie, wenn sie in ihm die Lösung ihrer Probleme erkennen und von seiner Glaubwürdigkeit überzeugt werden können.

Diese „Arbeiter“-Milieus können und müssen für die Sozialdemokratie zurück gewonnen werden, damit das von Willy Brandt beschworene Bündnis zwischen aufgeklärten Bürgertum und Arbeiterbewegung auch unter den veränderten Bedingungen Regierungsbündnisse links der Mitte möglich macht. Dafür muss die Sozialdemokratie auch wieder einen großen Entwurf für eine nach ihren Grundwerten neu gestalteten Gesellschaft wagen, der sich in beiden sozialen Milieus und in den überwiegenden Teil der Gesellschaft vermitteln lässt. Sie darf ihre Energien zur Veränderung der gegebenen Verhältnisse nicht in vielen kleinen, für sich genommen meistens guten Reformen erschöpfen. Sie braucht eine Vision für die Soziale Demokratie des 21. Jahrhunderts.

Soziale Demokratie ist nicht der Eigenname einer Partei, sondern der Inbegriff für eine Staats- und Gesellschaftsform, die auf der Grundlage sozialer Bürgerschaft gleiche Freiheit und Teilhabe für alle in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht. Sie ist hervorgegangen aus den Hoffnungen und der Praxis der demokratischen Arbeiterbewegung, den Erfahrungen mit Wirtschaftskrisen, Weltkriegen und den totalitären Diktaturen in Europa sowie die antikolonialen Befreiungsbewegungen der Welt. Durch sie sind die bürgerlichen und sozialen Grundrechte der Vereinten Nationen schließlich zu einem globalen Projekt geworden. Ausmaß und genaue Ausprägung der Sozialen Demokratie hängen in jedem Land und in der Welt im Ganzen vom Engagement der politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Akteure ab, die sich dafür einsetzen und von ihrer Fähigkeit zur Bildung breiter Koalitionen zur gesellschaftlichen Mobilisierung. Erst das Zusammenwirken von wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen, von gesellschaftlichen und politischen Akteuren

unterschiedlicher Erfahrung und Motivation macht Fortschritte der Verwirklichung der Sozialen Demokratie wahrscheinlich.

In der politischen Arena sind es vor allem die sozialdemokratischen Parteien, die sich in Europa und in vielen Teilen der Welt als Anwälte der Sozialen Demokratie verstehen. Obgleich sie in den Grundlagen, den Wegen und den allgemeinen Zielen übereinstimmen, repräsentieren sie doch, abhängig von der Geschichte ihrer Länder und Kulturen, unterschiedliche Varianten der sozialdemokratischen Gestaltung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die Geschichte und der Ländervergleich etwa zwischen Schweden, Deutschland und Großbritannien zeigen, dass das Projekt der Sozialen Demokratie überall von unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen sowie durch verschiedene Muster ihrer wechselseitigen Beeinflussung geprägt ist. Daher unterscheiden sich auch die Akteurskoalitionen deutlich voneinander, die in verschiedenen kulturellen Traditionen, wechselnden sozialökonomischen Problemlagen und politischen Konstellationen als ihre hauptsächlichen Anwälte in der politischen Arena auftreten. Stets empfiehlt sich ein vorurteilsloser Blick auf die Bandbreite und die unterschiedlichen Motive einer möglichst viele einbeziehenden gesellschaftlichen Koalition für Soziale Demokratie. Die Akteure selbst und die möglichen Konstellationen befinden sich zudem infolge der Umbrüche in der Arbeitswelt des digitalen Kapitalismus und die neuen Kommunikationsformen der sozialen Medien in einem andauernden Veränderungsprozess.

Wie die jüngere europäische Geschichte zeigt, sind es auf der Ebene des parlamentarischen und des Regierungshandelns maßgeblich die sozialdemokratischen Parteien, die in Koalitionen mit sozialistischen Links-Parteien, Christdemokratischen Sozialstaatsparteien, mitunter auch „linken“ Bauernparteien, das Projekt der Sozialen Demokratie verfechten. Jede dieser Parteien kann auf ihre Weise aufgrund der sozio-ökonomischen Positionsinteressen, die sie vertritt, ihrer Grundwerte oder im Hinblick auf ihre Wahlerwartungen Elemente des Projekts der Sozialen Demokratie vertreten, so dass Regierungskoalitionen für mehr soziale Demokratie möglich werden. Da die sozialdemokratischen Parteien Europas in jüngerer Zeit ihre frühere Stärke als Volksparteien verloren haben, sind sie in fast allen Ländern für die Bildung von

Regierungsmehrheiten auf politische Bündnisse, oft sogar mit mehreren anderen Parteien angewiesen.

Auf der Ebene der ökonomischen Konflikte und Interessen findet das Projekt der Sozialen Demokratie starke Unterstützung bei den Gewerkschaften als direkten Interessenvertretern der abhängig Beschäftigten, vor allem der Angestellten des öffentlichen Dienstes und anderer sozialstaatbezogenen Beschäftigungsbereiche, aber ebenfalls bei den industriellen Arbeitern, Angestellten sowie neuerdings bei den Solo-Selbständigen und click-workern der digitalen Ökonomie. Die Gewerkschaften leisten als politische Lobbygruppen und Akteure der Zivilgesellschaft bedeutende Beiträge zur Stärkung der sozial-kulturellen Grundlagen der Sozialen Demokratie. Durch ihre Rolle in den Mitbestimmungsgremien und bei der Tarifautonomie im System der Wirtschaftsdemokratie sind sie zugleich selbst ein institutionelles Element der Sozialen Demokratie.

Als Akteure auf der Ebene moralisch-kultureller Interessen können je nach Lage der Dinge Kirchen, andere Religionsgemeinschaften, intellektuelle und akademische Milieus sowie zivilgesellschaftliche Akteure in den einschlägigen Themenbereichen wirksam werden, oft mit einem besonders entschiedenen Engagement.

Art, Zahl und Gewicht der Akteure, die Projekte der Sozialen Demokratie im gesellschaftlichen Raum und bei den Wahlen unterstützen, hängen, wie die jüngere Geschichte gezeigt hat, in hohem Maße von spezifischen historischen Konstellationen ab. Wirtschaftskrisen, politische Vertrauenskrisen, das Aufkommen von Protestparteien und neuartiges zivilgesellschaftliches Engagement sind Erfahrungen, die die Empfänglichkeit insbesondere parteipolitischer Akteure für die Ideen und Forderungen der Sozialen Demokratie wesentlich erhöhen können. Dies gilt vor allem für die „sozialdemokratischen Momente“ besonders ausgeprägter sozialer und wirtschaftlicher Krisenerfahrungen, in denen die Idee der Sozialen Demokratie ein breites Spektrum von Akteuren außerhalb und innerhalb des politischen Systems zu mobilisieren vermag.

Für die Auffassung, die ökonomische Bedingungen für Fortschritte der Sozialen Demokratie seien infolge des erreichten „Post-Wachstums–Kapitalismus“ in absehbarer Zeit nicht gegeben, kann nicht überzeugen. Nichts im Programm der Sozialen Demokratie ist von fortwährend hohen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts abhängig, es zielt vielmehr im Kern darauf ab, die wirtschaftliche Entwicklung von bloß quantitativ bestimmten zu ökologischen und sozialen Zielen umzusteuern. Zu diesen Zielen gehören mehr Gleichheit der Einkommen und Vermögen, die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht und umfassende, hohe Standards der sozialen Sicherheit. Sie sind vor allem durch eine Politik der Umverteilung von Lebens- und Teilhabechancen zu erreichen. Vor allem verschärft die Fixierung auf ständig hohe Raten eines bloß quantitativ bestimmten Wirtschaftswachstums das Risiko der Zerstörung der natürlichen Grundlagen der menschlichen Zivilisation und oft verbirgt sich hinter hohen Wachstumsraten eine Verschlechterung der Lebensqualität und der Lebenschancen vieler. Eine ökologisch fundierte Politik, Zielt darauf ab, dass schrumpft, was die Umwelt vermeidbar belastet und die Qualität des Lebens in Wahrheit auch gar nicht erhöht und dass nur das wächst, was sie schon und das Leben wirklich besser macht: Sie ist nicht von ständig hohen Wachstumsraten abhängig.

Gemessen an ihren Traditionen, ihren Potenzialen, ihren Handlungsprojektionen und ihrem erklärten Anspruch ist die Europäische Union der globale politische Akteur, der ein besonders starkes Interesse an der weltweiten Ausbreitung der Sozialen Demokratie haben muss. Das gilt sowohl für die Dimension der Sozialstaatlichkeit wie für die der politischen Regulierung der transnationalen Märkte. Angesichts ihrer vielfältigen Krisen ist die Union in den letzten Jahren nicht in der Lage gewesen, dieses Potenzial aktiv auszuschöpfen. Dazu muss sie durch die Stärkung ihrer demokratischen und sozialen Bindekräfte und ihrer Handlungsfähigkeit rasch wieder befähigt werden. Ihr begrenztes militärisches Gewicht verglichen mit den USA ist dabei kein Nachteil. Die Europäische Union kann ihre global gestaltende Rolle nur als zivile Weltmacht finden, die ihre Ziele und die erstrebte faire Weltordnung durch eine beispielhafte Politik der Kooperation mit den anderen Akteuren der Weltgesellschaft erreicht. Die sozialen Demokraten in Europa müssen wesentlich nachdrücklicher darauf hinwirken, dass die EU ihrer eigenen Selbstverpflichtung entsprechend zur treibenden Kraft

der Sozialen Demokratie nicht nur beispielgebend in Europa selbst wird, sondern auch in der globalen Arena.

Endfassung 19.6.17

*(AG: D. Hirschel, C. Krell, H. Meyer, W. Merkel, Th. Meyer, H. Misselwitz,
M. Müller, W. Schröder, G. Schwan, J.Strasser)*

Impressum

SPD-Partei Vorstand, Referat II/3, Jens Hartung

Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin;

E-Mail: Grundwertekommission@spd.de

Stand: Berlin, Juni 2017

Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD

Vorsitzende:

Prof. Dr. Gesine Schwan

Stellvertretender Vorsitzender

Prof. Dr. Thomas Meyer

Mitglieder:

Dr. Thymian Bussemer

Prof. Dr. Frank Decker

Dr. Dierk Hirschel

Prof. Dr. Hans Joas

Daniela Kolbe, MdB

Dr. Christian Krell

Prof. Dr. Wolfgang Merkel

Dr. Henning Meyer

Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse

Michael Müller

Kerstin Rothe

Dr. Nina Scheer, MdB

Christina Schildmann

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Johano Strasser

Johanna Uekermann

Beratende Mitglieder:

Dr. Hans-Peter Bartels, MdB

Gernot Erler, MdB

Prof. Dr. Volker Gerhardt

Hubertus Heil, MdB

Prof. Dr. Gustav Horn

Dr. Hans Misselwitz

Dr. Almut Möller

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB

Dr. Eva-Maria Stange, MdL

Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Wolfgang Tiefensee

Prof. Dr. Rosemarie Will

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Ehrenmitglieder:

Dr. Erhard Eppler

Dr. Hans-Jochen Vogel

Sekretär:

Jens Hartung



SPD.DE